

Antisemitismus in Rußland, der Ukraine und Litauen: eine vergleichende Studie

Messmer, Matthias

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Messmer, M. (1998). *Antisemitismus in Rußland, der Ukraine und Litauen: eine vergleichende Studie*. (Berichte / BIOst, 7-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43378>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einleitung.....	7
2. Antisemitismus in Rußland nach 1991	7
2.1 Historischer Rückblick	7
2.2 Politischer Antisemitismus in Organisationen und Parteien	8
2.3 Antisemitismus in der russischen Presse	11
2.4 Staat und Antisemitismus	13
2.5 Antisemitismus und die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche	16
3. Antisemitismus in der Ukraine nach 1991.....	17
3.1 Historischer Rückblick	18
3.2 Politischer Antisemitismus in Organisationen und Parteien	20
3.3 Antisemitismus in der ukrainischen Presse	22
3.4 Staat und Antisemitismus	24
4. Antisemitismus in Litauen nach 1991	26
4.1 Historischer Rückblick	26
4.2 Politischer Antisemitismus in Organisationen und Parteien	31
4.3 Antisemitismus in der litauischen Presse	32
4.4 Staat und Antisemitismus	34
5. Schlußteil	38
Summary	41

15. Dezember 1997

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen.

Redaktion: Gerhard Simon

Matthias Messmer

Antisemitismus in Rußland, der Ukraine und Litauen – eine vergleichende Studie

Bericht des BIOst Nr. 7/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Den Hintergrund dieser Untersuchung bildet das Ende der jahrzehntelang von Moskau propagierten sowjetischen Antisemitismuspolitik. Es wird die Frage untersucht, ob die staatliche Antisemitismuspolitik der vergangenen Jahrzehnte endgültig zu existieren aufgehört hat, und – falls dies bejaht werden kann – wie sie sich auf die posttotalitäre Gesellschaft in drei ausgewählten Nachfolgestaaten der UdSSR ausgewirkt hat. Dabei wird die Situation auswahlweise in Rußland und – als Vergleich – in der Ukraine und in Litauen untersucht, ohne bei der Betrachtung des Antisemitismus die historischen und kulturellen Unterschiede dieser drei Länder außer acht zu lassen. Im Vordergrund dieser Arbeit steht die Analyse des Verhältnisses zwischen Juden und Staat, die gemäß Hannah Arendt "den Schlüssel für die wachsende Feindseligkeit bestimmter gesellschaftlicher Gruppen gegen die Juden" enthält.

Die Auswahl fiel aus folgenden Gründen auf die genannten Staaten: Moskau vertrat jahrzehntelang eine antisemitische Politik von Staats wegen, die auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine und Litauen mit teils unterschiedlicher Intensität spürbar war. Die Ukraine wurde deshalb gewählt, weil sie zum sogenannten Ansiedlungsrayon der Juden im zaristischen Rußland gehörte und bis zum Zweiten Weltkrieg die meisten Sowjetjuden in der Ukraine lebten. Der Vorzug der Ukraine vor Weißrußland z.B. hängt auch damit zusammen, daß sich – rein praktisch betrachtet – die Quellensuche zur Erforschung des Antisemitismus in der Ukraine einfacher gestaltet. Litauen schließlich wird deshalb untersucht, weil sich in diesem baltischen Staat größere Teile der Bevölkerung zur Zeit der Okkupation der Nationalsozialisten an der Verfolgung und Vernichtung der Juden in nicht geringem Maß mitbeteiligt hatten.

Die vorliegende Arbeit beruht – nebst der Berücksichtigung der westlichen Forschung – auf russischen, ukrainischen und litauischen Quellen. Entstanden ist sie im Rahmen meiner umfangreichen Forschungsarbeit zu diesem Thema. Sie kommt zu folgenden Ergebnissen:

Ergebnisse

1. Seit der Stalin-Ära kann man in der Sowjetunion von der Existenz einer *staatlichen Antisemitismuspolitik* sprechen. Diese Politik wurde von allen Sowjetführern mehr oder weni-

- ger offen verfolgt. Erst nach Gorbačev zeichnete sich ein Abbau jüdenfeindlicher Einstellungen des Staates ab.
2. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR ist auch die staatliche sowjetische Antisemitismuspolitik zu Ende gegangen oder genauer *privatisiert* worden. Doch sind es – von den drei hier untersuchten Staaten besonders in Rußland und der Ukraine – noch immer etliche Behörden, die an den über Jahrzehnte tradierten antijüdischen Feindbildern festhalten.
 3. Die in allen Republiken der früheren UdSSR mehr oder weniger starke *Deideologisierung* wird begleitet von einer zunehmenden *Instrumentalisierung* der Judenfeindschaft durch verschiedene Gruppierungen, Parteien oder sogar durch die Kirche (besonders in Rußland).
 4. Der neue, posttotalitäre Antisemitismus ist ein *Konglomerat* verschiedenster Formen der Judenfeindschaft, ausgehend von den traditionellen Anschuldigungen, wie z.B. dem Ritualmordvorwurf, über die klassischen Propagandaklischees (so etwa die diversen Verschwörungstheorien) bis hin zum nationalsozialistischen Judenhaß.
 5. Die *Multifunktionalität* ist ein Hauptcharakteristikum für den Antisemitismus in den sogenannten Transformationsländern. Die Judenfeindschaft bildet hier die höchste und zugleich subtilste Form der Xenophobie, mit deren Hilfe von eigenen Mißständen politischer oder wirtschaftlicher Art abgelenkt werden kann. Die Schuld an der Misere wird auf eine fremde Volksgruppe – die 'Anderen' – abgeschoben.
 6. Bereits unter Gorbačev entwickelte sich eine neue Form der Judenfeindschaft: der *intellektuelle Antisemitismus* (vertreten durch Šafarevič, Kunjaev u.a.). Letzterer verschmilzt heute – besonders in Rußland und der Ukraine – mit dem 'populären' Antisemitismus zu einem *politischen Antisemitismus*, der sich in Parteien, Zeitungen und Zeitschriften manifestiert.
 7. In Rußland bleibt die 'jüdische Frage' – bar jeglicher Rationalität – weiterhin verbunden mit einer Art *Mystizität*: Die Diskussion über den Antisemitismus in Rußland ist nach wie vor häufig von dessen vermeintlicher Nähe zur 'russischen Idee', zur russischen Volkstümlichkeit geprägt. Für viele Russen ist der Antisemitismus "eine Form der Opposition gegen das Eindringen äußerer kultureller Einflüsse in das 'Wir-Leben'" (Aleksandr Achiezer).
 8. Während für Rußland primär die Suche nach dem eigenen Weg alte und neue antisemitische Feindbilder erzeugt, hat sich in der Ukraine die Diskussion über den Antisemitismus an der *Aufarbeitung der Vergangenheit*, insbesondere im Zusammenhang mit den Ereignissen im Zweiten Weltkrieg, entwickelt. Dabei kann eine – im Vergleich mit Rußland – günstigere Lage für die Juden in der Ukraine festgestellt werden: Obwohl auch in der Ukraine verschiedene rechtsextremistische Gruppierungen operieren, hat sich die oberste Staatsführung doch immer wieder bemüht, ein freundschaftliches Verhältnis zur jüdischen Minderheit aufzubauen und die eigene Vergangenheit kritisch zu durchleuchten.

9. Auch in Litauen hat sich die 'jüdische Frage' in erster Linie an der Aufarbeitung der Vergangenheit – insbesondere der Zeit des Zweiten Weltkriegs – entzündet. Vor allem nach der Errichtung der Unabhängigkeit des Landes wurde die Diskussion um den Antisemitismus zu einem heiklen Thema: Anfangs galt die sogenannte *Theorie der symmetrischen Gerechtigkeit* für viele Litauer als Maßstab für die Beurteilung des jüdisch-litauischen Verhältnisses. Staatspräsident Brazauskas gelang es jedoch mit einer klugen Politik in den letzten Jahren, bei den restlichen in Litauen verbliebenen Juden (ungefähr 6.000) ein gewisses Vertrauensverhältnis zur litauischen Republik herzustellen.
10. Der Antisemitismus kann – gesamthaft betrachtet – als *Indikator der sozial-politischen Lage* verstanden werden, als Gradmesser für die Entwicklung der Transformationsländer in Ost- und Mitteleuropa auf ihrem schwierigen Weg zur Demokratie. Antisemitismus ist eine Metapher für den Gesamtzustand einer Gesellschaft – die 'jüdische Frage' ist eine Frage, die mit dem Niveau der Kultur des jeweiligen Landes verbunden ist.

1. Einleitung

Das Ende der Sowjetunion und der Zusammenbruch des kommunistischen Systems änderten auch Form und Inhalt des Antisemitismus, dessen Trägerschaft und Verwendungszweck. Zwar versuchten die Nachfolgestaaten der UdSSR, sich endgültig von der Sowjetideologie loszulösen, doch wirkt der Marxismus-Leninismus besonders in Rußland (unter den drei in dieser Arbeit untersuchten Ländern) auf verschiedenen Ebenen weiter. In diesem bis heute unvollständigen Entideologierungsprozeß ließ sich auch der durch die jahrzehntelange staatliche Propaganda verbreitete Antisemitismus nicht kurzfristig von einem Augenblick auf den anderen austilgen.¹

Gerade dieses unvollständigen und schwierigen Deideologierungsprozesses wegen – wie auch aufgrund historischer Gegebenheiten – wird hier offensichtlich, daß der postkommunistische Antisemitismus in Rußland, der Ukraine und Litauen nicht mit dem Antisemitismus in westlichen Ländern verglichen werden kann.

Das geistige Vakuum, das der Kommunismus in den Nachfolgestaaten der UdSSR und im gesamten Ostblock hinterlassen hat, ist mit ein Grund für die Vielschichtigkeit der 'jüdischen Frage'. Probleme der eigenen nationalen Identität, die Aufarbeitung der Vergangenheit, das Fehlen demokratischer Werte und damit einer Zivilgesellschaft – all dies muß bei der Beurteilung der postkommunistischen Judenfeindschaft miteinbezogen werden.

2. Antisemitismus in Rußland nach 1991

2.1 Historischer Rückblick

Verschiedene Quellen belegen, daß sich bereits im 15. und 16. Jahrhundert in Rußland eine antijüdische Haltung des Staates abzeichnete. Vor allem nach den polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts verschärfte sich die 'jüdische Frage' in Rußland, da das Zarenreich Gebiete annektierte, die von Juden dicht besiedelt waren. Im Jahr 1791 bestimmte Katharina die Große (1762-1796) in einem speziellen Ukaz, daß sich Juden nicht mehr in Innerrußland niederlassen durften. Dieser Erlaß der Zarin bildete die Grundlage für die sogenannten 'Residenzzonen' oder 'Ansiedlungsrayons', in denen die Juden nun zu leben hatten.

Die Situation der russischen Juden verbesserte sich auch im 19. Jahrhundert nicht, im Gegenteil: Nikolaus I. (1825-1855) verfolgte einen harten politischen Kurs. Mit Alexander II. (1855-1881) verbesserte sich die Lage für die Juden für kurze Zeit, doch änderte sich dies schlagartig nach seiner Ermordung im Jahr 1881. Nach dem Attentat kam es zu etlichen Ausschreitungen und Pogromen gegen Juden, die der zaristische Staat durch seine passive Haltung tolerierte.

¹ M. Messmer, Sowjetischer und postkommunistischer Antisemitismus. Entwicklungen in Russland, der Ukraine und Litauen. Mit einem Vorwort von Walter Laqueur. Konstanzer Schriften zur Schoah und Judaica, Bd. 3, hrsg. von E. R. Wiehn, Konstanz 1997.

Da viele Juden wegen ihrer Diskriminierung im zaristischen Rußland revolutionäres Gedankengut vertraten, wurden sie bis zum Beginn der Oktoberrevolution 1917 Opfer der staatlichen zaristischen Antisemitismuspolitik. Nach der Machtübernahme der Bolschewiki wurde die antijüdische Gesetzgebung des zaristischen Rußlands aufgehoben. Lenin verurteilte den Antisemitismus mehrmals öffentlich, wandte sich aber ebenso klar gegen eine 'jüdische Nationalität', die dem Sozialismus feindlich gesinnt sei. Mit Stalin änderte sich die Situation für die Juden merklich: Die von Stalin initiierten Schauprozesse in den 1930er Jahren brachten im Gefolge des Kampfes gegen den Juden Trockij auch Tausende Bürger jüdischer Herkunft in Gefängnisse, Straflager oder führten gar direkt in den Tod. Spätestens seit 1948 zerstörte Stalins Herrschaft die letzten Reste jüdischer Kultur vollständig. Es kam zu riesigen Verhaftungswellen, zu Verfolgungen und schließlich zur Ermordung praktisch der gesamten jüdischen Intellektuellenschicht.

Nach dem Tod Stalins wurde den größten antijüdischen Übergriffen Einhalt geboten, doch zeigte sich bald, daß das auf dem XX. Parteitag im Jahr 1956 eingeläutete 'Tauwetter' für die russischen Juden kaum Erleichterung brachte. Deutlich manifestierte sich der staatliche Antisemitismus in der Ära Chrusčev im Bereich der Diskriminierung der jüdischen Religion. Die Politik des Staates gegenüber den Juden zur Zeit Brežnevs (1964-1982) war gekennzeichnet von einer Verlagerung vom Antisemitismus auf den Antizionismus, wobei letzterer nur als Deckmantel für ersteren diente. Mit der Ära Gorbačev (1985-1991) änderte sich auch die Beziehung des sowjetischen Staates zur jüdischen Bevölkerung. So kam es etwa zu einer Auflockerung der Ausreisebestimmungen, und etliche jüdische Organisationen erhielten die Möglichkeit, sich aktiv auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zu betätigen. Andererseits erlebte der Jahrzehntlang wie unter einer Eisdecke schlummernde 'populäre Antisemitismus' in der Ära Gorbačev einen gewaltigen Aufschwung (Pamjat'-Bewegung).

Zwei Bemerkungen, die einen gewichtigen Unterschied zwischen Rußland einerseits und der Ukraine und Litauen andererseits aufzeigen, sollen abschließend zu diesem historischen Rückblick genannt werden: Wenn gelegentlich von der russischen antisemitischen Tradition gesprochen wird, hat man meist das Rußland in den Grenzen des zaristischen Imperiums vor Augen, eines Territoriums, das unter anderem die Ukraine und das Baltikum umfaßte; das heutige Rußland hat jedoch – geographisch betrachtet – nicht mehr viel mit dem zaristischen Rußland der früheren Jahrhunderte gemeinsam. Eine ähnliche Beobachtung läßt sich für die Zeit des Zweiten Weltkriegs machen: Der Einfluß der nazistischen Ideologie und die deutsche Okkupation trafen das Rußland in seinem heutigen Territorium, im Gegensatz zur Ukraine und Litauen, kaum. Die Konzentrationslager auf dem Gebiet der Sowjetunion befanden sich alle in den Generalbezirken Litauen, Lettland und Estland, dem sogenannten 'Reichskommissariat Ostland'. Insofern hat die Aufarbeitung der Vergangenheit, d.h. die heutige Diskussion um den Holocaust in Rußland einen anderen Stellenwert als etwa in der Ukraine oder in Litauen.

2.2 Politischer Antisemitismus in Organisationen und Parteien

Der nicht-staatliche politische Antisemitismus in der Ära El'cin wird hauptsächlich von Parteien und Gruppierungen verbreitet, die seit 1991 oder sogar noch früher in großer Zahl

gegründet wurden. Natal'ja Juchneva unterscheidet dabei drei Strömungen, die den Antisemitismus propagieren: Erstens die offen faschistischen Gruppierungen; zweitens die russischen Nationalisten (oder Nationalpatrioten); drittens die 'sowjetischen Patrioten', auch als Nationalbolschewiki bezeichnet.²

Die größten national-sozialistischen Organisationen bilden die im Oktober 1990 gegründete 'Russische Nationale Einheit' (Russkoe nacional'noe edinstvo, RNE) unter der Leitung von Aleksandr Barkašov und die im November 1990 gegründete 'National-Soziale Union' (Nacional-social'nyj sojuz, NSS) unter der Führung von Viktor Jakušev.³ Barkašov wie auch Jakušev waren in der Gorbačev-Ära Mitglieder der Pamjat'-Bewegung, die sich jedoch Ende der 1980er Jahre aufgrund innerer Zerstrittenheit von dieser trennten. Die Mitgliederzahlen von RNE und NSS sind unbekannt, doch dürfte es sich bei der Zahl aktiver Mitglieder um einige Dutzend bis zu einigen Hundert handeln. Die Prinzipien und Methoden der beiden Gruppen sind stark rassistisch bestimmt und teilweise aus dem Programm der NSDAP übernommen, ebenso sind Embleme und Symbole dem deutschen Nationalsozialismus entlehnt. Beide Gruppierungen suchen ihre Anhänger vor allem aus der Armee und dem früheren sowjetischen Geheimdienst KGB zu rekrutieren.

Die zweite von Juchneva genannte Strömung besteht aus den russischen Nationalisten, auch Nationalpatrioten genannt, die zahlenmäßig stärker sind als die offen faschistischen Gruppierungen. Dazu zählen die noch verbliebenen – teilweise untereinander zerstrittenen – Pamjat'-Gruppen, aber auch die 'Russische Partei' (Russkaja partija), die bereits Ende 1990 unter dem Namen 'Russisch-Nationaldemokratische Partei' unter der Führung von Viktor Korčagin gegründet worden ist. Die 'Russische Partei' bezeichnet sich als "antikommunistisch, antimarxistisch, antichristlich und antizionistisch".⁴ Viktor Korčagin ist Herausgeber der antisemitischen Zeitung *Russkie vedomosti* (Russische Nachrichten) mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren. Ihr Slogan lautet: Rußland den Russen!

Die dritte von Juchneva genannte Strömung, die sowjetischen Patrioten – auch als Nationalbolschewiki bezeichnet – organisieren sich in Gruppierungen, deren Mitglieder sich häufig aus ehemaligen Kommunisten und Anhängern Stalins zusammensetzen. Ihr Hauptfeind ist der Zionismus, der nach der Weltherrschaft trachte. Die Ideologen dieser Strömung sind häufig Historiker oder ehemalige Parteifunktionäre, die in Leserbriefen vergangene Zeiten hochleben lassen. Ein typisches Beispiel einer nationalbolschewistischen Organisation ist der 1990 gegründete 'Bund der Wiedergeburt des Vaterlandes' (Sojuz vozroždenija otečestva) unter der

² N.V. Juchneva, Ob antisemitizme. Doklad. Podgotovlen dlja slušanij po antisemitizmu v Verhovnom So-vete Rossii po poručeniju Komissii po pravam čeloveka. Peterburg April 1992, S. 9.

³ Beide Gruppierungen operieren hauptsächlich von Moskau aus, im Gegensatz etwa zu den rechtsextremistischen Gruppierungen 'Volkssoziale Partei' (Narodno-social'naja partija) unter der Führung von Jurij Beljaev oder der 'Union der Wenden' (Sojuz venedov) unter der Leitung von Evgenij Sokolov, die beide vorwiegend in St. Petersburg antisemitische Aktivitäten verfolgen.

⁴ V. Pribylovskij, Slovar' novych političeskich partij i organizacij Rossii. Moskva 1993, S. 110.

Führung von Aleksandr Romanenko. Ein wichtiger Programmpunkt dieser Gruppierung ist der Kampf gegen Kapitalismus und Zionismus.⁵

An sich bildet der Antisemitismus in den drei von Juchneva genannten Strömungen nur bei den Pamjat'-Gruppierungen den Hauptbestandteil des Parteiprogramms. Für andere rechtsextremistische oder faschistische Organisationen und Parteien ist der Antisemitismus Mittel zum Zweck. Diese Tatsache mindert allerdings die Gefahr zunehmender Judenfeindschaft nicht, zumal sich in den letzten Jahren die Führer verschiedener Gruppierungen und Parteien – hauptsächlich aufgrund der gemeinsamen Ablehnung von El'cins Politik – um einen Zusammenschluß der rechtsgerichteten Kräfte bemüht haben.

Daß der politische Antisemitismus in Rußland kein marginales Problem ist, wie es vielleicht angesichts der doch geringen Zahl von Anhängern der oben dargestellten – im Parlament nicht vertretenen – Gruppen erscheinen könnte, macht vor allem der Aufstieg von Vladimir Žirinovskij und seiner am 31. März 1990 gegründeten 'Liberaldemokratischen Partei Rußlands' (Liberal'no-demokratičeskaja partija Rossii, LDPR) deutlich. Zwar gibt sich die LDPR 'zivilisierter' als andere oben beschriebene Gruppierungen, doch auch sie kann als 'rechtsextremistisch' bezeichnet werden.

Abgesehen von dem Gerücht, sein Vater sei Jude gewesen und der Tatsache, daß er, Žirinovskij, einst der von der KPdSU initiierten jüdischen Gesellschaft 'Schalom' vorstand, bemüht sich der LDPR-Vorsitzende, die 'jüdische Frage' besonders in gedruckten Texten wenn möglich zu vermeiden. Statuten und Programmpunkte der LDPR haben 'die Juden' nicht zum Inhalt. Allerdings wird der Antisemitismus in Ansprachen und Diskussionsrunden immer wieder als politische Waffe eingesetzt. So notierte beispielsweise ein Beobachter einer Wahlveranstaltung der LDPR die Aussage Žirinovskijs, nach den Wahlen am 13. Dezember 1993 "sei die Zeit vorbei, in der Kinder von Russen Autos waschen, während diejenigen von Juden an der Universität studieren"⁶. Žirinovskij bedient sich – wie andere Rechtsextremisten auch – gerne der 'antizionistischen Verschwörungskampagne': Im Herbst 1994 beispielsweise wurde Žirinovskij für seinen geplanten Besuch in Norwegen kein Visum ausgestellt, was ihn zu der Feststellung veranlaßte, Norwegen sei ein "abscheuliches Land" und ein "Anhängsel des zionistischen Politbüros".⁷

Antisemitische Stellungnahmen finden sich allerdings nicht nur bei LDPR-Abgeordneten und einigen kleineren im Parlament vertretenen rechtsextremistischen Parteien, sondern sind auch aus den Reihen der 'Kommunistischen Partei Rußlands' (KPRF) unter Führung von Gennadij Zjuganov zu vernehmen. In der kommunistisch-nationalistischen Zeitung *Sovetskaja Rossija* schrieb Zjuganov im September 1992 vom "erniedrigten und ausgeplünderten Rußland", für das er unter anderem "neo-trotzkistische Elemente" und die "finanzielle Medien-Mafia" ver-

⁵ V. Pribylovskij, *Russkie nacional-patriotičeskie (etnokratičeskie) i pravo-radikal'nye organizacii*. Kratkij slovar'-spravočnik. Moskva 1994, S. 22.

⁶ Komsomol'skaja pravda, 16.12.1993, S. 1.

⁷ Moskovskie novosti, 6.-13. 11.1994, S. 12.

antwortlich machte.⁸ Aleksandr Janov, ein ehemaliger Sowjetdissident und heute in den USA lehrender Politologe, verglich Zjuganovs Standpunkt zur heutigen internationalen Situation mit nationalsozialistischen Vorstellungen. In einem Artikel der *Literaturnaja gazeta* schrieb Janov, der KPRF-Führer habe sich in seinen Büchern mit verschiedenen Aussagen – etwa: "die kosmopolitische (gemeint ist natürlich die jüdische – Anm.d.Verf.) Oligarchie, die nach Weltherrschaft strebt", die "jüdische Diaspora, die traditionell das Finanzleben auf dem Globus beherrscht" oder "die judaistische Streuung, deren Einfluß ständig zunehme" – bedenklich Hitlers Glaubensinhalten angenähert.⁹

2.3 Antisemitismus in der russischen Presse

Der 'postkommunistische Antisemitismus' deckt ein großes Spektrum verschiedener Formen von Judenfeindschaft ab: Von der traditionellen Judengegnerschaft über den Antizionismus bis hin zum nationalsozialistischen Judenhaß. Diese Themen finden sich regelmäßig in nationalistischen (kommunistischen, kommunistisch-nationalistischen, patriotischen oder radikalen) und rechtsextremistischen (faschistischen, faschistisch-rassistischen) Blättern. Noch im Jahr 1991 listete die Zeitung *Evrejskaja gazeta* in einem Artikel 45 russische Zeitungen und Zeitschriften auf, die als antisemitisch bezeichnet wurden,¹⁰ während es 1995 bereits mehr als 150 waren.¹¹ Hinzu kommt die Verbreitung einer Flut antisemitischer Literatur, die von kleineren Broschüren wie etwa 'Die Protokolle der Weisen von Zion' bis hin zu Büchern wie Henry Fords 'Der internationale Jude' oder Hitlers 'Mein Kampf' reicht.

Die antisemitischen Themen werden von den sie propagierenden Gruppierungen ständig aktualisiert und politisch-historischen Gegebenheiten jeweils in flexibler Art und Weise angepaßt, eine Erscheinung, die auch während der kommunistischen Herrschaft im Rahmen der staatlichen Antisemitismuspolitik zu beobachten war. Im folgenden sollen auswahlweise einige Ereignisse der jüngsten russischen Geschichte beleuchtet werden, die antisemitische Manifestationen zur Folge hatten.

Im Juni 1992 besetzten Kommunisten und Nationalisten die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft Ostankino in Moskau mit einem Sitzstreik und forderten Sendezeit für ihre Anliegen. Dabei waren auch Plakate mit der Aufschrift "Nieder mit dem Zionismus!" und "Es lebe die Sowjetunion!" zu sehen.¹² Auf einem anderen Plakat hieß es: "Bringt die Satan-Zionisten El'cin und Co. für die Plünderung des Landes vor Gericht...".¹³ Die Auseinandersetzungen vor dem Fernsehgebäude dauerten fast zwei Wochen, ehe die Protestaktion schließlich durch die Polizei aufgelöst wurde. In dieser Zeit stieg die Zahl antisemitischer Artikel in nationalistischen und rechtsextremistischen Zeitungen und

⁸ Sovetskaja Rossija, 19.9.1992, S. 1.

⁹ Literaturnaja gazeta, 26.6.1996, S. 11.

¹⁰ Evrejskaja gazeta, 7.5.1991.

¹¹ Antisemitism World Report 1995. London 1995, S. 203.

¹² Nezavisimaja gazeta, 16.6.1992, S. 1f.

¹³ Nezavisimaja gazeta, 20.6.1992, S. 8.

Zeitschriften deutlich an. Ebenfalls eine Zunahme antisemitischer Manifestationen und Aktivitäten brachte der Oktoberputsch 1993 anlässlich der Konfrontation El'cins mit dem Parlament mit sich. Dies erstaunt nicht, da die meisten rechtsextremistischen und nationalistischen Gruppierungen auf der Seite des damaligen Vizepräsidenten Aleksandr Ruckoj und des Parlamentspräsidenten Ruslan Chasbulatov gestanden hatten.

So wie es bereits während der Herrschaft Gorbačevs Ideologen gab, die Judenfeindschaft auf 'intellektuellem Niveau' verbreiteten – etwa Stanislav Kunjaev, Vadim Kožinov oder Igor' Šafarevič –, gibt es auch heute einige 'schillernde' Persönlichkeiten, deren Gedankengut von nationalistischen, kommunistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen benutzt wird. Zwei Beispiele sollen im folgenden stellvertretend dargestellt werden. Der St. Petersburger Philosoph und ehemalige Professor für Marxismus, Viktor Bezverchij, zugleich Chefideologe der rechtsextremistischen Gruppierung 'Union der Wenden' (Sojuz venedov), hat sich in den letzten Jahren besonders häufig mit antisemitischen Äußerungen profiliert. Bezverchij, von russischen Journalisten als 'Großvater des russischen Faschismus' bezeichnet, publizierte und verkaufte in den vergangenen drei bis vier Jahren Hitlers 'Mein Kampf', worauf er von privater Seite vor Gericht gebracht wurde. Dieses schützte allerdings in seinem Urteil im Frühsommer 1993 den Antisemiten und stellte fest, daß Bezverchij mit seinem Vorhaben nicht Haß gegen andere Völker säen, sondern lediglich finanziellen Profit erlangen wollte.¹⁴ Nach über einem Jahr, im Winter 1994, wurde Bezverchij erneut wegen Verletzung von Artikel 74 (Verbot der Aufhetzung zu Nationalitäten- und Rassenhaß) des russischen Strafgesetzbuches angeklagt: Dieses Mal wurde ihm vorgeworfen, selbst antisemitische Schriften verfaßt zu haben. Doch Bezverchij wurde auch in diesem Fall 'mangels Beweisen' freigesprochen, pikanterweise dank eines Gutachtens von zwei Vertretern des Ethnographischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, in dem es hieß, Bezverchij's Ansichten würden niemanden beleidigen oder die Würde von gewissen Personen verletzen.¹⁵

Als einer der einflußreichsten und begabtesten Ideologen der äußersten Rechten gilt der 1938 in Tiflis geborene Russe Aleksandr Prochanov, der von einigen Beobachtern als 'Propagandaminister' der 'Neuen Rechten' bezeichnet wird. Zu Beginn seiner Karriere arbeitete Prochanov im militär-industriellen Komplex der UdSSR, später begann er sich für Journalismus und Literatur zu interessieren und kam frühzeitig mit russisch-nationalistischem Gedankengut in Kontakt. Im November 1990 gründete Prochanov die extrem nationalistische Wochenzeitschrift *Den'*, die er mit Unterstützung der Politischen Hauptverwaltung der Streitkräfte herausgab und die als Sprachrohr der Putschisten im August 1991 galt. *Den'* wurde nach dem Putsch kurzzeitig verboten, erschien jedoch wenige Monate später wieder unter dem Namen *Zavtra* mit dem Untertitel *Die Zeitung der geistigen Opposition*. Im Redaktionskollegium der Zeitung *Zavtra* sind alle einflußreichen Ideologen der 'Neuen Rechten' versammelt: die Militärs Viktor Alksnis und Al'bert Makašov; die Politiker der

¹⁴ Izvestija, 10.6.1993, S. 5.

¹⁵ An Open Letter from Russian Anthropologists to Their Colleagues Abroad, Moscow 14.4.1995.

national-patriotischen bzw. rot-braunen Richtung Michail Astaf'ev, Sergej Baburin, Gennadij Zjuganov; die Schriftsteller Valentin Rasputin, Stanislav Kunjaev und schließlich der populäre Fernsehjournalist Aleksandr Nevzorov.

Prochanov rühmt sich, den Begriff der 'Eurasien-Ideologie' in die politische Diskussion eingeführt zu haben. Der Pseudomythos des 'Eurasismus' wird bei den Ideologen der 'Neuen Rechten' zielgerichtet ausgearbeitet und diskutiert. Häufig wird er von seinen Apologeten unter Zuhilfenahme antisemitischen Gedankenguts benutzt, um nationalistische und kommunistische Strömungen zu verschmelzen.¹⁶ So werden in Aufsätzen immer wieder das Wirken des 'židomasonstvo' – der angeblichen Verschwörung von Juden und Freimaurern – und die 'Protokolle der Weisen von Zion' meist in Verbindung mit den altbekannten antisemitischen Vorurteilen dargestellt. Die Einführung der Perestrojka im Jahr 1985 wird – ebenso wie die Oktoberrevolution von 1917 – als eine westliche, antirussische Konspiration gesehen; beides seien Revolutionen gewesen, die die Zerstörung Rußlands zum Ziel gehabt hätten.

Diese gezwungenermaßen knappe Darstellung zweier Ideologen der 'Neuen Rechten' soll nicht dazu verleiten, das Gedankengut dieser Personen zu vereinheitlichen. Doch trotz ihrer teilweise unterschiedlichen Ansichten haben sie eines gemeinsam: den Gebrauch antiwestlicher, häufig antisemitischer Feindbilder. Diese Ideologen der 'Neuen Rechten' liebäugeln mit faschistischen Systemen und sind der Überzeugung, Rußland sei von einer permanenten jüdischen oder zionistischen Verschwörung bedroht. So wie Jurij Ivanov in den 1970er Jahren, Lev Korneev in den frühen 1980er Jahren oder Igor' Šafarevič in der Ära Gorbachëv sind auch die Ideen dieser Ideologen einmal mehr dazu geeignet, Antisemitismus auf 'intellektuellem Niveau' zu verbreiten und rechtsextremistischen Gruppierungen eine ideologische Basis zu bieten.

2.4 Staat und Antisemitismus

Unmittelbar nach dem Putsch im August 1991 wurde die 'jüdische Frage' in der sowjetischen Gesellschaft durch den Tod dreier Demonstranten – einer von ihnen war ein Jude – deutlicher ins Bewußtsein gerückt. Der Staat ehrte die Verstorbenen posthum mit der höchsten Auszeichnung des Landes, mit dem Orden 'Held der Sowjetunion'. In den darauffolgenden Monaten verflog allerdings die in jenen Tagen kurze Zeit genährte Hoffnung verschiedener Kreise, die russische Regierung unter Präsident El'cin werde Rechtsextremismus und Antisemitismus entschlossen und mit konkreten Maßnahmen bekämpfen: Ende 1991, kurz vor dem endgültigen Zerfall der UdSSR, ergriff das Komitee für Menschenrechte des Obersten Sowjet der Rußländischen Föderation eine Initiative zur Durchführung parlamentarischer Anhörungen zu Fragen des Antisemitismus. Anfang 1992 wurde Natal'ja Juchneva der Posten einer parlamentarischen Berichterstatterin in dieser Frage angeboten. Im April desselben Jahres wurde der Bericht fertiggestellt und darauf an die Mitglieder des Komitees verteilt. Im Schlußwort

¹⁶ An dieser Stelle darf der Hinweis nicht fehlen, daß die Begründer und Theoretiker der 'Ideologie' des 'Eurasismus' ursprünglich, d.h. in den 1920er Jahren, überhaupt nichts mit antisemitischem Gedankengut zu tun hatten.

schrieb Natal'ja Juchneva, daß keine reale Grundlage für die Konfrontation zwischen Russen und Juden existiere, dies aber nicht bedeute, man solle den Antisemitismus in Rußland unterschätzen.¹⁷

In seiner Einführungsrede anlässlich dieser Parlamentsanhörungen wies der Vorsitzende des Menschenrechtskomitees, der bekannte ehemalige Dissident Sergej Kovalev, zum ersten Mal von 'offizieller' Seite darauf hin, daß der Antisemitismus jahrzehntlang eine der Grundlagen der staatlichen sowjetischen Politik bildete und fügte hinzu: "Dies war eine traurige Periode in unserer Geschichte, als wir – leider – einen staatlichen Antisemitismus besaßen, der die Basis unserer Nationalitätenpolitik darstellte."¹⁸ Während dieser parlamentarischen Anhörungen wurde von verschiedenen Seiten auf die zu lockere Haltung staatlicher Behörden bei der Durchsetzung von Maßnahmen gegen antisemitische Manifestationen und Publikationen hingewiesen. Gefordert wurde von demokratischen Vertretern unter anderem eine Neuformulierung von Artikel 74 des Strafgesetzbuches der Rußländischen Föderation (Verbot der Aufhetzung zu Nationalitäten- und Rassenhaß), der gegen die Hersteller und Verreiber rechtsextremistischer Publikationen ihrer Ansicht nach zu wenig Anwendung findet.

In den letzten drei bis vier Jahren wurden verschiedene Vorfälle bekannt, in denen sich Nachlässigkeit der russischen Staatsanwaltschaft bezüglich Eindämmung des Antisemitismus manifestierte, teilweise kann sogar von einer Unterstützung rechtsextremistischer Gruppierungen durch die oberste Anklagebehörde der Rußländischen Föderation gesprochen werden.¹⁹ Im Mai 1993 fand die Schlußsitzung des Menschenrechtskomitees des Obersten Sowjet der Rußländischen Föderation statt, auf der sich der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Kirakozov, zu einem Artikel in der *Pravda* vom 5. Mai 1993 äußerte, in dem – anlässlich der Ermordung dreier Mönche durch einen ehemaligen Afghanistankämpfer am Ostersonntag – vom Verfasser der Ritualmordvorwurf gegenüber den Juden erhoben wurde.²⁰ Kirakozov erklärte, die russische Staatsanwaltschaft werde sich des Falls annehmen und überprüfen, ob der *Pravda*-Artikel Haß zwischen verschiedenen Nationen säe. Er machte auch deutlich, daß sich Polizei und Geheimdienst weigerten, in einer solchen Angelegenheit – Aufwiegelung zu Rassenhaß – Maßnahmen zu ergreifen. Mit seiner Äußerung, russische Experten müßten den Ritualmordvorwurf prüfen, weckte der Vertreter der Staatsanwaltschaft den Eindruck, als müßte Rußland erst eine mittelalterliche Lüge überprüfen lassen und die längst als Fälschung entlarvten 'Protokolle' noch einmal auf ihre Wahrheit analysieren lassen.

In den Jahren 1994 bis 1996 häuften sich Berichte über Nachlässigkeiten der russischen Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung von Rechtsextremisten und Faschisten, es wurde sogar

¹⁷ N.V. Juchneva, a.a.O., S. 31f.

¹⁸ Stenogramma parlamentskich slušanij Komiteta Verchovnogo Soveta Rossijskoj Federacii po pravam čeloveka, Moskva, 23.11.1992, S. 1.

¹⁹ Robert W. Orttung nennt 170 Fälle, in denen Staatsanwälte und Juristen mit angeklagten Personen, die antisemitisches Gedankengut vertreten haben, übereinstimmen (R.W. Orttung, Extremism in Russia. A Politically Timed Fight Against Extremism, in: Transition, Vol. 1, No. 10, 23.6.1995, S. 3).

²⁰ Pravda, 5.5.1993, S. 4.

der Vorwurf laut, die oberste Anklagebehörde arbeite mit solchen Gruppierungen zusammen. Wenngleich im postsowjetischen Rußland nicht mehr von einer staatlichen Antisemitismuspolitik gesprochen werden kann, so sind zumindest Teile der Behörden noch immer nicht frei von – Jahrzehnte tradierten – antijüdischen Gefühlen.

Präsident El'cin selbst hat es verpaßt, rechtzeitig dem rechtsextremistischen russischen Nationalismus den Kampf anzusagen. Er versäumte es, sich mit klaren Entscheidungen gegen die Verbreitung des Rechtsextremismus und damit verbunden des Antisemitismus in Rußland einzusetzen. Immerhin sprach El'cin Mitte Februar 1995 in seiner Botschaft zur Lage der Nation von einer wachsenden Besorgnis der Bevölkerung vor der Verbreitung der faschistischen Ideologie und faschistischer Organisationen in Rußland. Nur wenig später, am 23. März 1995, unterschrieb El'cin den sogenannten 'Anti-Faschismus-Erlaß', der offiziell 'Erlaß über Maßnahmen zur Gewährleistung abgestimmter Handlungen der Organe der Staatsmacht im Kampf gegen Erscheinungen von Faschismus und andere Formen des politischen Extremismus in der Rußländischen Föderation' heißt. Darin wird das Büro der Staatsanwaltschaft aufgefordert, die Implementierung der Regeln betreffend der rechtlichen Gleichstellung aller Bürger zu überprüfen. Dieser Behörde obliegt es gemäß dem Präsidentenerlaß auch, Aktivitäten zu unterdrücken, die geeignet seien, bewaffnete Gruppen zu schaffen oder sozialen, rassistischen, ethnischen oder religiösen Zwist zu schüren.²¹ Das Innenministerium und der Geheimdienst werden mit der Aufgabe betraut, diejenigen Personen zu verfolgen, die faschistische Publikationen verteilen, finanzieren oder herausgeben.

Mit dem Dekret vom 23. März 1995 hatte Boris El'cin vor allem ein Ziel vor Augen: Der Präsident wollte im Hinblick auf die Parlamentswahlen vom Dezember 1995 und auf die Präsidentschaftswahlen im Juni 1996 bei der Bevölkerung den Anschein erwecken, es gebe keine Alternative zu ihm und er sei der einzige Mann, der die extremistischen Kräfte bändigen könne. El'cin versuchte mit diesem Dekret hauptsächlich, seine politischen Widersacher zu diskreditieren. Trotzdem war und ist El'cins Erlaß vom 23. März 1995 ein (kleiner) Schritt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/Faschismus, auch wenn etliche Fragen wie etwa die nach der Durchsetzung dieser Aufgabe durch verschiedene staatliche Institutionen angesichts der unbewältigten Vergangenheit und der oben beschriebenen geistigen Nähe einiger dieser Behörden zu nationalistischem oder sogar rechtsextremistischem Gedankengut offenbleiben.

Im Juni 1995 legte Präsident El'cin der Staatsduma einen Gesetzentwurf vor,²² der unter anderem Änderungen und Zusatzartikel zum russischen Strafgesetzbuch, zur Strafprozeßordnung und zum russischen Mediengesetz vorsieht. Ob und wie ein solches Gesetz von den Behörden angewandt wird, werden erst die nächsten Jahre zeigen. Am 13. Juni 1996 ist ein neues russisches Strafgesetzbuch in Kraft getreten, wobei in Artikel 282 (Aufwiegelung zu nationaler,

²¹ Rossijskaja gazeta, 25.3.1995, S. 4.

²² Der vollständige Wortlaut des Gesetzentwurfs vom 21. Juni 1995 ist veröffentlicht in: Rossijskaja gazeta, 21.6.1995, S. 3.

rassendiskriminierender oder religiöser Feindschaft) allerdings keine Rede von 'rechtsextremistischer' oder 'faschistischer' Propaganda ist.²³

2.5 Antisemitismus und die Rolle der Russisch-Orthodoxen Kirche

In den Jahren nach dem Zerfall der UdSSR setzte sich die in der Gorbačev-Ära begonnene Tendenz zu Zerrissenheit und Abspaltungen innerhalb der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) fort. Deutlicher wurden seit 1991 auch die russisch-nationalistischen und damit verbunden antisemitischen Stimmen innerhalb der ROK.

Unmittelbarer Auslöser für eine Welle antisemitischer Proteste war die Rede von Patriarch Aleksij II. Ende 1991 vor einem Kongreß amerikanischer Rabbiner, in dem er die Verdienste orthodoxer theologischer Denker jüdischer Herkunft wie beispielsweise Lev Šestov lobte und eindringlich um Toleranz zwischen Christen und Juden bat.

Nach dieser Rede sah sich der Patriarch einem gewaltigen Protest nationalistisch gesinnter Kirchenführer ausgesetzt, die den Versuch einer Annäherung des Patriarchen an das Judentum kritisierten und gleichzeitig die Auffassungen des kürzlich verstorbenen Metropoliten Ioann von St. Petersburg und Ladoga bzw. dessen patriotische Haltung hochleben ließen.

Wer ist nun Metropolit Ioann von St. Petersburg und Ladoga, der in einem Offenen Brief an den Patriarchen als standhafter Verfechter der russischen Orthodoxie bezeichnet und von Hunderttausenden von Gläubigen als besonders treuer Kirchendiener verehrt wird? Metropolit Ioann wurde 1927 geboren und war einer der Ranghöchsten in der Hierarchie der Russisch-Orthodoxen Kirche. 1965 wurde er zum Bischof geweiht und war lange Zeit in der Eparchie Samara (früher Kujbyšev) tätig; 1990 wurde er zum Metropoliten von Leningrad erhoben. Seit der Perestroika, vor allem aber nach dem Zerfall der Sowjetunion, zeichnet ihn vor allem eines aus: seine extrem nationalistische und antisemitische Gesinnung, die er in Predigten und Aufsätzen den Gläubigen zum besten gibt.

Im Oktober 1992 schrieb Metropolit Ioann in der nationalbolschewistischen Zeitung *Sovetskaja Rossija* zum Thema 'Das Geheimnis der Rechtlosigkeit'. Dieses Geheimnis – so der Metropolit – sei Ausruck 'satanischer Herrschaft' über die Welt, und der Teufel selbst habe die Juden als Instrument ausgewählt, um dieses 'Prinzip' nun auch in Rußland durchzusetzen.²⁴

Im März 1994 erschien in der *Sovetskaja Rossija* erneut ein Artikel von Metropolit Ioann mit dem Titel 'Schöpfer der Katastrophen', den er dieses Mal nicht auf die 'Protokolle' stützte, sondern auf Passagen aus dem Buch eines gewissen 'Sir John Retcliffe', der allerdings gar nicht lebte, sondern dem im letzten Jahrhundert lebenden deutschen antisemitischen Schriftsteller Hermann Goedsche als Pseudonym für seinen 1868 veröffentlichten Roman 'Biarritz' diente. Metropolit Ioann bediente sich in diesem Artikel altbekannter antijüdischer

²³ Ugolovnyj kodeks Rossijskoj Federacii, Artikel 282, 13.6.1996.

²⁴ Sovetskaja Rossija, 10.10.1992, S. 1 und 3.

Stereotype, so beispielsweise des Arguments, die Juden hätten Christus ans Kreuz geschlagen.²⁵

Es stellt sich natürlich die Frage nach der Reaktion der höchsten Kirchenführung – d.h. des Patriarchen Aleksij II. – auf die antisemitischen Äußerungen des ihm unterstellten Metropoliten. Insbesondere nach der Publikation eines betont antisemitischen Artikels durch Metropolit Ioann kam es im Februar 1993 zu Protesten von russischen und ausländischen Journalisten beim Außenamt des Moskauer Patriarchats. Doch in der Mitteilung des Moskauer Patriarchen hieß es lediglich, der Inhalt des Artikels widerspiegele die "persönliche Meinung des Autors" und sei "nicht die offizielle Meinung der Kirche".²⁶ Überhaupt weigerte sich Patriarch Aleksij II., Metropolit Ioann offen zu kritisieren.

Im Frühjahr 1993 wurden diese Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche ziemlich heftig geführt und machten einmal mehr deutlich, daß es dabei weniger um religiöse als vielmehr um politische Fragen ging, wobei sich die 'jüdische Frage' wie ein roter Faden durch diese Diskussion zieht. In der *Sovetskaja Rossija* erschienen mehrere Artikel, die Metropolit Ioann unterstützten und dabei zeigten, daß die antijüdische Haltung des Metropoliten keinen Einzelfall darstellt: So publizieren etliche seit 1988 existierende kirchliche Zeitschriften antisemitische Artikel der übelsten Sorte. Im berühmten Dreifaltigkeitskloster Sergiev Posad (früher Zagorsk) begann eine Gruppe von Mönchen, antisemitische Literatur zu produzieren und über kirchliche Läden oder an Kiosken zu verkaufen.

Die obige Darstellung hat deutlich gemacht, daß ein bedeutendes Element des postkommunistischen Antisemitismus in Rußland der 'kirchliche Antisemitismus' darstellt, der sich mit Nationalismus und Resten des Bolschewismus verbündet hat. Während sich der Staat allmählich von der Last der jahrzehntelang herrschenden Ideologie des Marxismus-Leninismus zu befreien versucht, hat es heute den Anschein, als käme es bei einem Teil der ROK gerade umgekehrt zu einer Ideologisierung der verkündeten Glaubensinhalte in Form eines antiwestlichen christlich-orthodoxen Fundamentalismus.

3. Antisemitismus in der Ukraine nach 1991

Im folgenden kurzen Rückblick auf Ereignisse des 20. Jahrhunderts sollen die wichtigsten Spezifika bezüglich des Antisemitismus in der Ukraine untersucht werden, wie sie sich von der Situation in Rußland oder in anderen Gebieten der UdSSR unterscheiden. Diese Unterschiede stehen nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die meisten Sowjetjuden 1939 auf dem Gebiet der Ukraine lebten, nämlich rund 1.5 Mio. Personen.²⁷ Nach der Annexion der damals noch zu Polen gehörenden Westukraine (in diesem Gebiet – inklusive dem westlichen Weißrußland – waren etwa 1.1 Mio. Juden beheimatet) aufgrund

²⁵ Sovetskaja Rossija, 22.3.1994, S. 4.

²⁶ Moskovskie novosti, 21.3.1993, S. A5.

²⁷ Y. Arad, Der Holocaust an den sowjetischen Juden in den besetzten Gebieten der UdSSR, in: Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, hrsg. von W. Grossman/I. Ehrenburg, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 1021f.

des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts vom 23. August 1939 durch die UdSSR und nach der Abtretung des zu Rumänien gehörenden Gebiets Bessarabien und der nördlichen Bukowina an die Sowjetunion im Juni 1940 (in diesen Gebieten wohnten ungefähr 325.000 Juden) lebten schließlich – vor dem Überfall Deutschlands auf Rußland im Juni 1941 – auf dem gesamten Gebiet der Ukraine ungefähr 2.9 Mio. Juden. Heute leben in der Ukraine noch etwa 446.000 Juden, der größte Teil davon in Kyjiv (Kiev), L'viv (russisch: L'vov, deutsch: Lemberg) und Charkiv (russisch: Charkov).²⁸

3.1 Historischer Rückblick

Drei Perioden innerhalb des 20. Jahrhunderts sind für die Erörterung des heutigen ukrainisch-jüdischen Verhältnisses von großer Bedeutung: Erstens das Erstarren der ukrainischen Nationalbewegung vor und nach dem Ersten Weltkrieg, zweitens die Aktivitäten der ukrainischen Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg und drittens das Aufkommen der ukrainischen Nationalbewegung im Rahmen der Gorbačevschen Reformen.

Eng mit den Ereignissen der Jahre 1917 bis 1921 und dem Versuch der Gründung eines unabhängigen ukrainischen Staates war die 'jüdische Frage' verbunden, die sich in jener Zeit vor allem in der Diskussion um eine 'nationale jüdische Autonomie' manifestierte. Bereits im März 1917 – nach dem Sturz des Zaren und im Gefolge der revolutionären Aufbruchsstimmung – konstituierte sich in Kiev die 'Zentral-Rada', die als Parlament der Ukraine bezeichnet werden kann. An den Sitzungen der Rada nahmen wenig später auch die Minderheiten der Ukraine teil, unter ihnen die jüdische. Juden waren sogar in der Regierung vertreten.

Gesamthaft betrachtet läßt sich sagen, daß eine antijüdische Stimmung in jenen Jahren des Versuchs der Etablierung einer ukrainischen Unabhängigkeit zumindest in Teilen der Bevölkerung vorhanden war, und daß es in den Jahren 1917-1921 im Gefolge des politischen Chaos und der wirtschaftlichen Notlage zu Pogromen kam. Trotzdem existierte auf Regierungsebene ein verhältnismäßig entspanntes ukrainisch-jüdisches Verhältnis, das allerdings nur so lange zu halten versprach, als sich die jüdischen Parteien in ihrer Mehrzahl nicht eindeutig gegen die ukrainische Selbständigkeit aussprachen.

Die zweite Periode im 20. Jahrhundert, die für die Betrachtung des heutigen Antisemitismus in der Ukraine von Bedeutung ist, umfaßt die Ereignisse im Zusammenhang mit den Aktivitäten der ukrainischen Widerstandsbewegungen vor allem während des Zweiten Weltkriegs. Die brutale Sowjetisierungskampagne in der Ukraine hatte zur Gründung solcher Vereinigungen geführt, die aktiv und teilweise mit terroristischen Anschlägen gegen die UdSSR und Polen operierten. Als wichtigste Gruppen galten die bereits 1920 gegründete UVO (Ukrainische Militärorganisation) unter Führung von Evhen Konovalc' (der 1938 von sowjetischen Agenten ermordet wurde) und die 1929 etablierte militant nationalistische OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten). Besonders die OUN, eine nach dem Führerprinzip strukturierte Organisation, begriff sich zusehends als totalitär-faschistische Bewegung, und es

²⁸ Antisemitism World Report 1995, a.a.O., S. 232.

gelang ihr in zunehmendem Maß, Kontakte zum nationalsozialistischen Deutschland herzustellen.²⁹ Nach der Besetzung der bis dahin polnischen westukrainischen Gebiete durch die Rote Armee am 17. September 1939 aufgrund des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 versuchten OUN-Kampftruppen, gegen Juden und Polen vorzugehen, und es kam zu Plünderungen und Massakern. Nach dem Überfall der Deutschen auf die Sowjetunion im Sommer 1941 wurde das gesamte Territorium der Ukraine besetzt. Auch in jener Zeit gerieten die Juden wieder zwischen die Fronten: Von nationalistischen Ukrainern als Kommunisten verfolgt, versuchten sie, in andere Gebiete zu fliehen; es gibt sogar Berichte, wonach einige von ihnen noch vor 1941 in deutsche Gebiete flohen und damit direkt in die Vernichtungslager.³⁰

Es wäre gewiß falsch zu behaupten, alle Ukrainer hätten sich an den Greueln der Nationalsozialisten gegen die Juden beteiligt. Aber nichtsdestoweniger gab es in der Ukraine viele Helfershelfer, die bereit waren, ihre jüdischen Mitbürger zu verraten oder selbst zu töten; als Beispiel soll hier an die Tragödie von Babyn Jar (russisch: Babij Jar) erinnert werden, einer Schlucht in der ukrainischen Hauptstadt Kiev, wo zwischen dem 29. und dem 30. September 1941 deutsche Sonderkommandos mit ukrainischen Helfershelfern mehr als 30.000 Juden ermordeten.³¹

Für die Betrachtung des heutigen Antisemitismus in der Ukraine ist schließlich die Zeit des Aufkommens der ukrainischen Nationalbewegung in der Gorbačev-Ära von Bedeutung. Im September 1989 fand der Gründungskongreß der 'Volksbewegung der Ukraine für die Perestroika', abgekürzt 'Ruch' (ukrainisch: Bewegung), statt. Eines der wichtigsten Ziele von 'Ruch' war die Forderung nach Souveränität der Ukraine. Auch der Kampf gegen den Antisemitismus spielte für die größte ukrainische Oppositionsgruppierung eine wichtige Rolle, zumal auf dem Gründungskongreß Vertreter von Minderheiten – unter anderem auch Juden – anwesend waren. Es sollte sich auch in den folgenden Jahren – als die Ukraine bereits unabhängig war – zeigen, daß es gerade Mitglieder von 'Ruch' waren, die sich immer wieder vehement gegen antisemitische Tendenzen in der Ukraine aussprachen, so etwa im Februar 1990, als das Gerücht von Pogromen gegen Juden in Kiev umging. Auf dem Zweiten Kongreß, den 'Ruch' im Oktober 1990 abhielt, wurde der jüdische Schriftsteller und Wissenschaftler Oleksandr Burakovskij zum stellvertretenden Vorsitzenden der größten Oppositionsbewegung gewählt. Nach Ansicht Burakovskyjs ist es 'Ruch' zu verdanken, daß es rechtsextremistischen Gruppierungen – zumindest bis zur Unabhängigkeit der Ukraine im August 1991 – nicht gelang, sich auf politischer Ebene zu etablieren.

²⁹ Über die Beziehung der OUN zum nationalsozialistischen Deutschland und die Aktivitäten der OUN während des Krieges siehe: F. Golczewski, Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte der Ukraine, hrsg. von F. Golczewski, Göttingen 1993, S. 241-260.

³⁰ Vgl. etwa den Bericht des damaligen Geheimdienstchefs der Ukraine, Ivan Serov, in: S. Talbott (Hrsg.), Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren. Reinbek bei Hamburg 1992, S. 140.

³¹ Zur Tragödie von Babyn Jar und der Mitwirkung ukrainischer Komplizen an den Greueln der Nationalsozialisten siehe den reich dokumentierten Sammelband von E. R. Wiehn (Hrsg.) 'Die Schoah von Babij Jar – Das Massaker deutscher Sonderkommandos an der jüdischen Bevölkerung von Kiev 1941 fünfzig Jahre danach zum Gedenken'. Konstanz 1991.

3.2 Politischer Antisemitismus in Organisationen und Parteien

Nach dem gescheiterten Augustputsch 1991 und nach der Erklärung der Unabhängigkeit entwickelte sich in der Ukraine ein Mehrparteiensystem, wenn auch nicht nach westlichem Muster. Ende 1991 wurden mehrere Parteien offiziell registriert. Die meisten nationalistischen und rechtsextremistischen Parteien haben ihre Anhänger aufgrund historischer Berührungspunkte – etwa im Zusammenhang mit den Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg – in der Westukraine, bei den Wahlen im Frühjahr 1994 waren sie im Osten der Ukraine praktisch erfolglos.

Alexander Ott unterscheidet in der Typologie der Parteien am rechten Rand des Spektrums zwei Blöcke: Die 'National-Radikalen' (die Rechten) und die 'Ultra-Rechten'.³² Zum ersten Block zählt Ott die 'Ukrainische Konservative Republikanische Partei' (UKRP), den 'Kongreß der Ukrainischen Nationalisten' (KUN) sowie die 'Organisation der Ukrainischen Nationalisten' (OUN). In den zweiten Block reiht Ott folgende Gruppierungen ein: Die 'Ukrainische Nationale Versammlung – Ukrainische Nationale Selbstverteidigung' (UNA-UNSO), die 'Ukrainische National-Konservative Partei' (UNKP) sowie die 'Sozial-Nationale Partei der Ukraine' (SNPU). Nicht aufgeführt sind in dieser Liste die Allukrainische politische Vereinigung 'Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine' (DSU) sowie die 'Organisation der Ukrainischen Nationalisten in der Ukraine' (OUN in der Ukraine), die ebenfalls zum Block der Ultra-Rechten zu zählen sind.³³ Alle diese Parteien und Gruppierungen artikulieren mehr oder weniger stark nationalistische Positionen, die sich in der Hauptsache gegen den 'Imperialismus' Rußlands, teilweise aber auch gegen den Westen richten. Alle genannten Gruppierungen sind vom Justizministerium der Ukraine in den letzten Jahren registriert worden. Der UNA-UNSO wurde allerdings im Sommer 1995 die Registrationsurkunde aufgrund der Ausschreitungen in Kiev nach dem Tod des Patriarchen Volodymyr entzogen. In der Folge traten Mitglieder der UNA-UNSO in einen Hungerstreik, um beim Justizministerium der Ukraine ihre Wiedermehrzulassung zu erreichen, doch ist dies bis heute nicht geschehen.

Im folgenden sollen – wie im Fall Rußlands – einige dieser Organisationen, deren antisemitische Positionen bekannt sind, untersucht werden. Erschwerend bei der Analyse dieser Frage

³² A. Ott, Die politischen Parteien in der Ukraine, BIOst, Nr. 13, 1995, S. 7.

³³ Zur Gründung der OUN und Zersplitterung der DSU sind folgende Klärungen nötig: Die OUN wurde 1929 in Wien gegründet. Jahrzehntlang war die Organisation ein Sammelbecken für die ukrainischen Nationalisten im Exil.

In der Ukraine selbst konstituierte sich 1994 eine Partei unter dem Namen 'OUN in der Ukraine'. Diese hat nichts gemein mit der OUN im Exil, die keine antisemitischen Positionen vertritt und von der 'OUN in der Ukraine' scharf kritisiert wird. Die 'OUN in der Ukraine' hat sich unter der Führung von Ivan Kandyba, einem ehemaligen Dissidenten, von der DSU abgespalten. Ihr Motto lautet: 'Die Ukraine den Ukrainern', während die OUN im Exil – ähnlich wie die KUN – die Position vertritt: 'Die Ukraine für die Bürger aller Nationalitäten, die in der Ukraine leben'.

Die DSU vertritt – im Vergleich mit der 'OUN in der Ukraine' – einen noch weit rassistischeren Antisemitismus, was sich darin zeigt, daß die Führung unter Roman Koval' dafür plädiert, die "ukrainische Erde zu säubern" und alle Nicht-Ukrainer (Juden, Polen, Russen etc.) zu deportieren.

ist allerdings die Tatsache, daß aufgrund fehlender oder unvollständiger Informationen nicht immer detaillierte Angaben gemacht werden können. Begonnen werden soll mit Gruppierungen, die im ukrainischen Parlament vertreten sind.

Im heutigen ukrainischen Parlament, der 'Verchovna Rada', sind von insgesamt 405 Abgeordneten die 'National-Radikalen' durch den KUN mit fünf und durch die UKRP mit zwei Mandaten, die 'Ultra-Rechten' durch die UNA-UNSO mit drei Mandaten vertreten.³⁴ Alle drei Parteien legen den Schwerpunkt ihres Programms nicht auf die 'jüdische Frage'. Ihr Kampf gilt vielmehr der 'Befreiung der Ukraine' vom 'großrussischem Joch', wobei sie diesen mit unterschiedlicher Vehemenz austragen. Der KUN beispielsweise versteht sich als Nachfolgepartei der OUN von Stepan Bandera (Anführer der antisowjetischen OUN-B, 1959 vom KGB ermordet) und ist nach den Worten eines ihrer Führungsmitglieder "gegen die Verbreitung des Antisemitismus"³⁵. Von den obengenannten drei im Parlament vertretenen Parteien wird vor allem die UNA-UNSO mit Antisemitismus in Verbindung gebracht; allerdings vertreten Mitglieder dieser Partei nicht so häufig judenfeindliche Meinungen wie beispielsweise die Anhänger der nicht ins Parlament gewählten DSU. Ob dies lediglich aus taktischen Gründen geschieht – mit Antisemitismus sind in der Ukraine weniger Stimmen zu holen als mit Anti-Russentum – kann aufgrund der empirischen Daten nicht eindeutig beantwortet werden.

Während die UNA den politischen Flügel der Organisation darstellt, versteht sich die UNSO als paramilitärische Gruppierung, die vor allem in Konfliktgebieten auf seiten nicht-russischer Truppen aktiv ist, um den 'russischen Imperialismus' zu bekämpfen, so etwa in Tschetschenien oder Abchasien. Anführer der UNA ist Jurij Šucevyč, der Sohn des Oberkommandierenden der 1942 aufgestellten Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) und langjährigen politischen Gefangenen Roman Šucevyč. Mit dem Gruß "Ruhm der Nation – Tod den Feinden" begann die UNA ihre Versammlung in L'viv im Februar 1993. Große Unterstützung und Sympathie genießt die UNA-UNSO in Teilen der Armee, bei der 'Union der ukrainischen Offiziere'. Am 27. August 1993 hieß es in der russischsprachigen Zeitung *Nezavisimost'*, bei einem Begräbnis eines UNSO-Kämpfers in Georgien sei ein Plakat aufgetaucht mit der Aufschrift: "der UNSO-Kämpfer rief auf zum Kampf und zur Einigkeit, um den Juden die Köpfe abzdrehen".³⁶

Ihren aggressiven Antisemitismus offen zur Schau stellt auch die im Parlament nicht vertretene DSU, die Allukrainische politische Vereinigung 'Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine', gegründet im April 1990 in L'viv. Auch diese Vereinigung stützt sich auf die bekannten ukrainischen Ideologen der 1930er und 1940er Jahre – wie Dmytro Doncov, Evhen Konovalec' oder Stepan Bandera – und fordert einen 'freien russischen Staat' auf seinem eigenen 'ethnographischen Territorium'. Bis 1994 trat die Zeitung *Neskorena Nacija*

³⁴ A. Ott, a.a.O., S. 25.

³⁵ Obzor antisemitskich projavlenij v nezaleznej Ukraine 1991-1993 (unveröffentlichtes Manuskript), Kiev 1994, S. 50.

³⁶ Ebenda, S. 62.

(Unbesiegte Nation) als Sprachrohr der DSU in Erscheinung.³⁷ DSU-Mitglieder vertreten darin regelmäßig ihre antisemitischen Ansichten, wobei Elemente eines 'Anti-Russentums' eindeutig häufiger propagiert werden als antijüdisches Gedankengut. Obwohl die finanzielle Situation für das Pressewesen auch in der Ukraine angespannt ist, erscheint die *Neskorena Nacija* regelmäßig, nämlich einmal pro Monat. Einer der Gründe dafür sind Spendengelder aus ukrainischen Emigrantenkreisen in Kanada. Im November 1993 wurde die Redaktion der *Neskorena Nacija* vom staatlichen Pressekomitee verwarnet, daß die Zeitung die Pressefreiheit mißbraucht habe. Der Pressedienst der DSU teilte daraufhin mit, dieser Beschluß sei von Feinden der Ukraine zustande gekommen, von "Halbblütern jüdisch-russischer Herkunft"³⁸.

Ebenfalls einen radikalen Antisemitismus pflegen die nichtregistrierten rechtsextremistischen Organisationen, die nach Meinung von Kiever Wissenschaftlern zahlenmäßig eher klein sind (es existieren keine Angaben über die Mitgliederzahlen), mit ihren zahlreichen Aktivitäten jedoch beachtliche Aufmerksamkeit erwecken. Zu erwähnen sind vor allem folgende Gruppierungen: die 'Molodižna Liga' (Jugendliga), die 'Organizacija Idealistiv Ukrajiny' (Organisation ukrainischer Idealisten) und die 'Spilka Ukrajinskych Nacionalistiv' (Gemeinschaft ukrainischer Nationalisten). Die 'Jugendliga' ist hauptsächlich in Charkiv aktiv und gibt in unregelmäßigen Abständen die Zeitung *Nova Ukrajina* (Neue Ukraine) heraus, die bereits während des Zweiten Weltkriegs in den Jahren 1941-1943 in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten herausgegeben wurde. Die 'Organisation ukrainischer Idealisten' ist hauptsächlich in L'viv aktiv. Auf einer Versammlung in der galizischen Hauptstadt am 4. und 11. April 1993 wurden Losungen gegen die "jüdische-moskowitzische-Nomenklatura" verbreitet, die gemäß den Demonstranten in Gerichten und Staatsanwaltschaften tätig sei.³⁹ In einem Artikel der bereits erwähnten Zeitung *Neskorena Nacija* wurde unter dem Titel 'L'viv – nicht Tel Aviv' dann allerdings mit Genugtuung festgehalten, daß die Staatsanwaltschaft von L'viv das Gesuch um eine Klage gegen die Anführer der 'Organisation ukrainischer Idealisten' abgelehnt hat.⁴⁰ Seit 1991 existiert sodann die 'Gemeinschaft ukrainischer Nationalisten', auf deren Banner das Hakenkreuz steht. Die Organisation versteht sich gemäß einem ihrer Anführer nicht nur als nationalistische, sondern als arische Gruppierung. Für sie ist der Nationalsozialismus die Folge einer "globalen jüdischen Provokation"⁴¹.

3.3 Antisemitismus in der ukrainischen Presse

Antisemitische Themen werden – ebenso wie in Rußland – von den sie propagierenden Gruppierungen immer wieder neu aktualisiert und den politischen Gegebenheiten auf flexible

³⁷ Die 'Neskorena Nacija' galt nach der Gründung der 'OUN in der Ukraine' – einer von der DSU abgespaltenen Gruppierung – im Jahr 1994 als deren Sprachrohr, während die DSU seither über die 'Nezboryma Nacija' (Unbesiegbare Nation) ihren Haß gegen Juden und Russen propagiert.

³⁸ Zitiert aus: *Obzor antisemitskich projavlenij*, a.a.O., S. 57.

³⁹ Ebenda, S. 70.

⁴⁰ Ebenda, S. 70.

⁴¹ Ebenda, S. 75.

Weise angepaßt. Zwar werden gewisse antijüdische Argumente – wie sie in Rußland bekannt sind – auch in der Ukraine verwendet. Und doch gibt es, hauptsächlich aus historischen Gründen, gewichtige Unterschiede in der Argumentation der ukrainischen Rechtsradikalen. Dabei spielt hauptsächlich die Tatsache eine Rolle, daß die ukrainischen rechtsextremistischen Gruppierungen in den Russen gleichermaßen wie in den Juden die Feinde der ukrainischen Nation sehen. Es kann deshalb nicht verwundern, wenn der Leser gelegentlich auf recht absurde Gedankengänge bei den Ideologen dieser radikalen Organisationen stößt.

Im folgenden werden zwei bekannte ukrainische Vertreter von antisemitischem Gedankengut dargestellt, die in den meisten Fällen auch den Stoff für die rechtsextremistischen Presseerzeugnisse liefern. Einer der führenden Theoretiker eines äußerst aggressiven Nationalismus und Antisemitismus ist Roman Koval', Führungsmitglied der DSU und bis Dezember 1993 Chefredakteur der Zeitung *Neskorena Nacija*, dem damaligen Sprachrohr dieser rechtsextremistischen Gruppierung. Die seit 1991 erscheinende Zeitung veröffentlicht regelmäßig antisemitische Artikel. Dabei wird immer wieder behauptet, die Juden⁴² hätten den Unterjochern (gemeint sind die Russen) der ukrainischen Nation gedient und würden heute eine "ungeheuerliche antiukrainische Hysterie" entfalten, indem sie überall auf der Welt die Massenmedien kontrollierten.⁴³ Die Angst vor einer drohenden Umzingelung der Ukraine durch die Juden wird bewußt geschürt, indem behauptet wird, die Juden würden die Ukraine "mit den Händen des Kapitals, nämlich Geld und Gold", unterjochen.⁴⁴

Einen wichtigen Stellenwert in rechtsnationalistischen Zeitungen der Ukraine nimmt, wenn nicht die absolute Verneinung des Holocaust, so doch zumindest das Leugnen von dessen Ausmaß ein. So vertritt etwa die *Neskorena Nacija* die Meinung, in Babyn Jar seien lediglich 2.500 Juden, jedoch 300.000 Ukrainer erschossen worden.⁴⁵ Die Rechtsextremisten verbreiten – ähnlich wie es ihre Glaubensbrüder in Rußland tun oder die sowjetische Kampagne der 1970er Jahre glaubhaft machen wollte – die These, daß Zionisten und Nazis während des Zweiten Weltkriegs zusammenarbeiteten ("sionofašizm").⁴⁶

Anatolij Ščerbatjuk gilt als bekanntester Ideologe des Antisemitismus der Ukraine. Der 1955 geborene Ščerbatjuk gehört verschiedenen Redaktionskollegien rechtsextremistischer Zeitungen an, so beispielsweise der *Neskorena Nacija* (bis Dezember 1995), der ebenfalls bereits erwähnten *Nova Ukrajinna* und der in L'viv ansässigen Zeitung *Za vil'nu Ukrajinu* (Für eine freie Ukraine). Im November 1992 war Ščerbatjuk auf der Liste der Ökologiebewegung 'Grüne Welt' für die Wahlen zum Obersten Sowjet der Ukraine aufgeführt; es stellte sich allerdings nachträglich heraus, daß die Mitgliedschaft Ščerbatjuks bei den 'Grünen' eine von ihm selbst inszenierte Fälschung war. Ščerbatjuk warb damals mit dem Slogan: "Es ist Zeit für die

⁴² In rechtsextremistischen Zeitungen der Ukraine wird – wie in Rußland – das pejorative Wort 'žyd' statt 'jevrej' für 'Jude' verwendet.

⁴³ *Neskorena Nacija*, Nr. 8, 1993.

⁴⁴ *Neskorena Nacija*, Nr. 4, 1993.

⁴⁵ *Neskorena Nacija*, Nr. 1, 1995.

⁴⁶ *Neskorena Nacija*, Nr. 5, 1995.

Säuberung des ukrainischen Körpers von Parasiten."⁴⁷ Ende 1993 wurde aufgrund einer Klage unter anderem von Oleksandr Burakovskyj – dem stellvertretenden Vorsitzenden von 'Ruch' – gegen Ščerbatjuk ein Verfahren wegen 'Aufhetzung zu nationaler Feindschaft' eingeleitet. Ščerbatjuk wurde zu einer mehrtägigen Gefängnisstrafe verurteilt, Ende Januar 1994 kam er bereits wieder frei. Gesinnungsgenossen von Ščerbatjuk hatten vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft in Kiev demonstriert und öffentlich den "Juden Burakovskyj" für die Verhaftung verantwortlich gemacht.

Weitere Presseerzeugnisse, wie beispielsweise die wöchentlich in L'viv von der UNA-UNSO herausgegebene Zeitung *Golos Naciji* (Stimme der Nation), die in Kiev ebenfalls von der UNA publizierte *Ukrajins'ki Obriji* (Ukrainische Horizonte) oder die als Sprachrohr der DSU geltende *Nezboryma Nacija* (Unbesiegbare Nation) zeugen von einer weiten Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts in Teilen der ukrainischen Bevölkerung. Allerdings haben diese Hetzblätter relativ kleine Auflagezahlen – geschätzt werden sie auf einige Hundert bis einige Tausend. Bedenklich ist vielmehr die Tatsache, daß sich auch 'respektable' Zeitungen wie beispielsweise *Večirnij Kyjiv* (Abendliches Kiev) oder sogar das ukrainische Fernsehen antisemitische Fauxpas 'leisten'.

Zusammenfassend läßt sich über den Inhalt des 'neuen ukrainischen Antisemitismus' folgendes sagen: Im allgemeinen bedient er sich – ebenso wie in Rußland – verschiedener Spielarten: Traditionelle Judengegnerschaft, national-sozialistischer Judenhaß, Antizionismus mittels Verschwörungstheorien und – als außenpolitische Komponente – antiisraelische Parteinahme. Wie oben beschrieben, tauchen diese Themen regelmäßig in nationalistischen und rechtsextremistischen Zeitungen und Zeitschriften auf und – weniger häufig – sogar in 'respektablen' Presseerzeugnissen oder im Fernsehen. Im Fall des 'ukrainischen Antisemitismus' trifft man im besonderen auf folgende Themen: Beschuldigungen an die Adresse der Juden wegen der Repressionen während der Sowjetzeit (Beteiligung an der Russifizierung, Verantwortung für die Hungersnot in den 1930er Jahren etc.); Verneinung der jüdischen Tragödie während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust, Pogrome an Juden sind – wenn sie überhaupt zugegeben werden – von den Juden verursacht worden); Beschuldigung der Juden, die Ukraine ihres Kapitals zu 'berauben' (jüdische Geschäftsverbindungen nach Amerika und Israel).

3.4 Staat und Antisemitismus

Während man über antisemitische Tätigkeiten rechtsextremistischer Organisationen in der Ukraine durchaus Informationen bekommen kann, sind Nachrichten über staatliche Gegenmaßnahmen in der Presse eher spärlich anzutreffen. Doch sind andere Quellen zugänglich, um ein einigermaßen deutliches Bild über die Reaktionen des Staates auf die Judenfeindschaft zu geben.

Bereits im November 1991 verabschiedete das ukrainische Parlament einen umfangreichen Kriterienkatalog über die Einhaltung von Menschen- und Minderheitenrechten (als 'Gegenlei-

⁴⁷ Zitiert aus: Obzor antisemitskich projavlenij, a.a.O., S. 30.

stung' anerkannten die EG-Staaten die Unabhängigkeit der Ukraine). Dies war ohne Zweifel ein Erfolg der Opposition, die sich besonders stark für die nationalen Minderheiten einsetzte. Aber auch die Regierung erkannte bald, daß mit einem Zeichen von Sympathie gegenüber den Juden und Israel Politik zu machen ist: Bereits am 13. September 1991, nur wenige Wochen nach dem gescheiterten Putsch in Moskau, traf der ukrainische Präsident Leonid Kravčuk mit dem Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, zusammen. Kravčuk beeilte sich zu erklären, sein Land werde mit westlichen Organisationen zusammenarbeiten, um Personen ausfindig zu machen und vor Gericht zu bringen, die sich während des Zweiten Weltkriegs Verbrechen gegenüber Juden zuschulden kommen ließen. Gleichzeitig fügte er hinzu, sein Land werde sich für die Abschaffung der sogenannten 'Zionismus = Rassismus-Resolution' der Vereinten Nationen einsetzen.⁴⁸ Kravčuk war es auch, der im Oktober 1991 eine Parlamentssitzung über die Verbrechen der Nationalsozialisten und ihrer Helfershelfer in Babyn Jar anstrebte. Seither wird in der Ukraine jedes Jahr des Holocaust gedacht. Kravčuks Bereitschaft, mit jüdischen Institutionen im In- und Ausland zusammenzuarbeiten, trugen ihm und seinem Land viel Ansehen ein. Überhaupt setzte die ukrainische Regierung sowohl unter Kravčuk wie auch unter seinem Nachfolger Leonid Kučma (seit dem Sommer 1994) viel daran, das Wiederaufleben der jüdischen Kultur in der Ukraine zu fördern. Der ukrainische Staat unterstützt finanziell sogar jüdische Kindergärten, Schulen, Theater, Bibliotheken und Zeitungen.⁴⁹

Solchen durch die offizielle Ukraine geäußerten Distanzierungen vom Antisemitismus, die sich ohne Zweifel positiv von der Haltung der herrschenden Klasse in Rußland abheben, steht jedoch der mangelhafte Durchsetzungswille der mittleren und unteren Behörden in konkreten Fällen gegenüber. In den Jahren seit der Unabhängigkeit der Ukraine konnte sich der jahrzehntelang gepflegte staatliche Antisemitismus nicht innerhalb kurzer Zeit austilgen lassen. Antijüdische Gefühle herrschen nach wie vor in Teilen der Staatsanwaltschaft, der Polizei oder der Armee vor. Es waren kaum Bestrebungen der Behörden ersichtlich, die den Verkauf bzw. die Verbreitung rechtsextremistischer Zeitungen, Zeitschriften oder Broschüren zu unterbinden versuchten.

In der jüngsten Zeit scheint sich allerdings bei einigen staatlichen Stellen eine Kehrtwendung vollzogen zu haben: In mehreren Presseartikeln war die Rede von entschlossenerem Eingreifen der ukrainischen Behörden im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Was die Eindämmung des Antisemitismus durch staatliche Stellen betrifft, so schneidet die Ukraine im Vergleich mit Rußland zweifellos besser ab. Vor allem verschiedene Sympathiekundgebungen der Regierung für die jüdische Minderheit sowie der Versuch einer Aufarbeitung der Vergangenheit – mit dem Eingeständnis, daß Teile der ukrainischen Bevölkerung mit den Nationalsozialisten kollaborierten – haben der Ukraine in diesem Bereich Ansehen im Ausland verschafft.

⁴⁸ Intelligence Report, published by the Institute of Jewish Affairs, No. 13, October 1991, S. 1.

⁴⁹ Izvestija, 20.1.1993, S. 4.

4. Antisemitismus in Litauen nach 1991

Ähnlich wie im Fall der Ukraine sollen bei der Untersuchung des Antisemitismus im heutigen Litauen einige kurze historische Vorbemerkungen gemacht werden. Litauen war im Mittelalter ein Großfürstentum, bevor es im 14. Jahrhundert eine Personalunion mit Polen (Polnisch-Litauisches Reich) einging. Bereits damals kam es – hauptsächlich im polnischen Teil des Reiches – zu Pogromen gegen Juden, obschon man zu jener Zeit nicht von einer staatlichen Antisemitismuspolitik sprechen konnte. Die Krone stand immer wieder unter dem Druck der katholischen Kirche, die die Juden als Ketzer und Gottesmörder beschimpfte. Im Zuge der Dritten Polnischen Teilung von 1795 wurde Litauen vom zaristischen Rußland annektiert, zu dem es dann bis März 1915 – dem Datum des Einmarsches deutscher Truppen – gehörte.

Es ergeben sich somit für die Betrachtung der heutigen Situation bezüglich der 'jüdischen Frage' in Litauen ähnliche Parameter wie im Fall der Ukraine: In einem geschichtlichen Rückblick werden Ereignisse der litauischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gerafft exemplifiziert, die die 'jüdische Frage' und damit die Problematik des heutigen Antisemitismus in Litauen direkt betreffen.

4.1 *Historischer Rückblick*

Die erste für die Erörterung der heutigen Problematik des Antisemitismus wichtige Periode im 20. Jahrhundert umfaßt die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Streben nach Unabhängigkeit Litauens im Anschluß an den Ersten Weltkrieg bzw. die Jahre um den Militärputsch von 1926. Im Jahr 1923 lebten in Litauen (ohne das Klaipeda-Memel-Gebiet und ohne das Wilna-Gebiet, das 1922 von Polen annektiert wurde) 153.700 Personen jüdischer Abstammung ('Litwaken'), was ungefähr 7,6 Prozent der gesamten Bevölkerung – die größte Minderheit Litauens – ausmachte.⁵⁰

Den Ansprüchen der jüdischen Minderheit auf Gewährung kultureller Eigenentwicklung kam die litauische Regierung bereits kurz nach der Errichtung der staatlichen Unabhängigkeit entgegen: Im August 1919 überreichte die litauische Delegation bei den Pariser Friedensverhandlungen dem 'Comité des Délégations Juives' die sogenannte 'Pariser Deklaration', die neben den individuellen Gleichheitsrechten der Minderheitsangehörigen insbesondere in Form eines Gruppenrechts die Autonomierechte der als Rechtspersönlichkeit organisierten jüdischen Minderheit garantierte.

Mit der Verfassung vom 1. August 1922 dehnte der litauische Staat die kulturelle Autonomie auf alle Minderheiten aus. Aufgrund dieser fortschrittlichen Minderheitengesetzgebung

⁵⁰ S. Atamukas, *Evrei v Litve. XIV-XX veka*. Vilnius 1990, S. 55. Atamukas weist darauf hin, daß von den litauischen Juden ungefähr 32 Prozent in Städten (in Kaunas lag der Anteil der Juden bei etwa 27 Prozent) und etwa 23 Prozent in kleineren Ortschaften wohnten. In der Zahl von 153.700 nicht miteingerechnet sind die jüdischen Einwohner von Vilnius, die im Jahr 1920 etwa 36,5 Prozent ausmachten (46.500 Personen). Unter diesen 153.700 Personen sind dagegen ungefähr 100.000 Juden, die nach dem Friedensschluß zwischen Litauen und der UdSSR am 12. Juli 1920 nach Litauen zurückgekehrt sind.

erlebten die Litwaken einen nicht voraussehbaren kulturellen und politischen Aufschwung. Die Zeit von 1919 bis 1922 wurde als 'goldene' oder 'honigsüße' Periode bezeichnet. Die Juden stellten in jenen Jahren – nebst dem Minister für jüdische Angelegenheiten – die Posten des Vizeaußenministers sowie des Vizeministers für Handel und Industrie. Bei den Staatsbediensteten lag der Anteil der Juden bei 20,4 Prozent, was mehr als das Doppelte ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung ausmachte.⁵¹ Die Litwaken waren in jener Zeit vollständig ins Wirtschaftsleben Litauens integriert: Die meisten waren Kleinhändler und Handwerker, die im Familienbetrieb arbeiteten; eine kleinere Zahl gehörte dem oberen Bürgertum an, eine größere Zahl der mittleren Bürgerschicht. Dank der Kulturautonomie gab es für die Juden ein gut ausgebautes Schulsystem, das zu 90 Prozent vom Staat unterstützt wurde.⁵² Zudem war Litauen in jenen Jahren berühmt für seine religiösen Schulen und die Ausbildung von Rabbinern. Auch existierten in Kaunas – noch Ende der 1930er Jahre – zwei jüdische Theater, und es konnten nicht weniger als sechs jüdische Tageszeitungen erscheinen.

Der schwerwiegendste Einschnitt in das ziemlich harmonische Verhältnis zwischen Litauern und Juden erfolgte durch den Putsch von Antanas Smetona im Dezember 1926, der ein autoritäres Präsidialsystem errichtete. Smetona, dem die Unterstützung des Militärs gewiß war, schürte die Angst der Bevölkerung vor den Kommunisten und die Abneigung gegen die kulturellen Konzessionen der alten Regierung gegenüber den Minderheiten. Smetonas Regime verbot alle Aktivitäten der politischen Parteien der Minderheiten, darunter auch der jüdischen.⁵³ Bereits 1924 schaffte die litauische Führung das Ministerium für jüdische Angelegenheiten ab, ein Jahr später wurden die jüdischen Gemeindeverwaltungen, die 'Kehillot', unter staatliche Aufsicht gestellt und im März 1926 ganz aufgehoben. Die Kulturautonomie hörte unter dem Druck reaktionärer, rechtsgerichteter Kräfte auf zu existieren. Zwar blieben Kultur- und Bildungseinrichtungen für die Juden zum größten Teil noch bis gegen Ende der 1930er Jahre zugänglich, doch nahmen die wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Minderheiten unter dem autoritären Regime ab. Nach der Machtübernahme Hitlers im Jahr 1933 entstanden in Litauen faschistische Gruppierungen, die zur 'Litauisierung' des Handels, der Industrie und des ganzen Landes aufriefen, wobei es auch zu antijüdischen Ausfällen kam.⁵⁴

⁵¹ S.V. Vardys, Die Entwicklung der Republik Litauen, in: Die baltischen Nationen Estland – Lettland – Litauen, hrsg. von Boris Meissner, Köln 1990, S. 76.

⁵² S. Atamukas, a.a.O., S. 57.

⁵³ Antanas Smetona hat heute – trotz seiner Maßnahmen zur Einschränkung der Minderheitenrechte und der Abschaffung der Demokratie – bei jüdischen Intellektuellen einen guten Ruf, zumindest nicht den eines Antisemiten. So etwa meinte der außenpolitische Berater des ehemaligen Präsidenten Landsbergis, der Parlamentsabgeordnete Emanuelis Zingeris, in einem persönlichen Gespräch in Vilnius am 16. August 1995, Smetona habe sich immer antisemitischer Rhetorik und direkter antijüdischer Maßnahmen enthalten. Die sowjetische Propaganda versuchte ihrerseits, die Zeit der Besetzung Litauens durch deutsche Truppen mit dem Regime von Präsident Smetona in Verbindung zu bringen. Doch hat Smetona das Land (am 15. Juni 1940) verlassen, bevor die Nationalsozialisten in Litauen einmarschierten (am 22. Juni 1941).

⁵⁴ S. Atamukas, a.a.O., S. 63.

Die zweite Periode, die heute zwangsläufig bei der Diskussion über die 'jüdische Frage' eine Rolle spielt, ist die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Als die Souveränität Litauens aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes vom 23. August bzw. 28. September 1939 aufgehoben wurde, reagierten viele Litauer mit Anschlägen auf jüdisches Eigentum und auf Juden, die man als Kommunisten beschimpfte. Parolen wie "Juden raus nach Palästina" oder "Litauen – nur für die Litauer" wurden besonders häufig skandiert.⁵⁵ Nach der erzwungenen Rückgabe des Wilna-Gebiets durch Polen an Litauen am 30. Oktober 1939 – bei dem es mit Billigung der litauischen Regierung zu Pogromen kam – lebten in diesem baltischen Staat Ende Oktober 1939 knapp eine Viertelmillion Juden (inklusive der etwa 15.000 Flüchtlinge aus dem besetzten Polen), was ungefähr 10 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte.⁵⁶ Vom 15. bis 17. Juni 1940 marschierte die Rote Armee in Litauen ein. Die Litwaken begrüßten mehrheitlich die Besetzung des Landes durch die Sowjettruppen, da ihnen die Gefahr vor Deutschland größer schien (ursprünglich wurde Litauen im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt der deutschen Einflußsphäre zugeschlagen). Die Litauer dagegen sympathisierten mehrheitlich mit Hitler, und es kam zur Bildung extrem nationalistischer Untergrundorganisationen, die den Nationalsozialismus offen unterstützten.

Für die Litwaken bedeutete die formelle Eingliederung Litauens in die UdSSR am 3. August 1940 zweierlei: Einerseits war für sie die Sowjetunion gleichbedeutend mit 'Schutz vor Hitler' und der Rettung vor dem Nationalsozialismus. Zeitungen berichteten von der Zerschlagung faschistischer und antisemitischer Gruppierungen in der UdSSR und davon, daß etliche Juden hohe Positionen sogar in der Regierung bekleideten; wenig wußte man über die Säuberungen, die Schauprozesse, die erzwungenen Assimilationsmaßnahmen und schließlich über die Ausrottung der jüdischen Kultur in den 1930er Jahren. Die UdSSR galt auch damals noch als Land, in dem die Juden Schutz finden konnten und als einzige Macht, die dem Faschismus Einhalt gebieten konnte. Mit Befriedigung nahmen die jüdischen Bürger Litauens die Erklärung des neuen Präsidenten der sogenannten 'Volksregierung', Justas Paleckis Sr.,⁵⁷ zur Kenntnis, daß "ernsthafte Aufmerksamkeit auf die Verwirklichung des Prinzips nationaler Gleichberechtigung und auf die Ausmerzung des Chauvinismus unter den Nationalitäten gerichtet werden muß"⁵⁸. In dieser Regierung hatten auch Juden Posten als Minister inne; zahlreiche Litwaken wurden neu in der Verwaltung und staatlichen Organen wie etwa dem Geheimdienst eingestellt. Die Juden hatten Zugang zu allen regionalen und überregionalen Behörden und waren im Pressewesen tätig. Die Kehrseite der Medaille bestand darin, daß die Juden hauptsächlich im wirtschaftlichen Bereich von den sowjetischen Neuerungen besonders

⁵⁵ Ebenda, S. 73.

⁵⁶ I. Gutman (Haupterausgeber), Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Band II. München/Zürich 1995, S. 870.

⁵⁷ Justas Paleckis Sr. (1899-1980), eigentlich weniger ein Kommunist denn eher ein Linksintellektueller, war nach dem Krieg langjähriger Vorsitzender des Obersten Sowjet (1940-1956) und galt im allgemeinen als judenfreundlich. Sein Sohn, Justas Vincas Paleckis, übte während der Regierungszeit von KP-Chef Algirdas Brazauskas die Funktion des Sekretärs für Ideologiefragen aus. Heute ist er außenpolitischer Berater von Staatspräsident Brazauskas im Rang eines Botschafters.

⁵⁸ Zitiert in: S. Atamukas, a.a.O., S. 78.

stark betroffen waren: Trotz der nationalistischen Wirtschaftspolitik Smetonas in den 1930er Jahren waren noch immer 83 Prozent der Handelsbetriebe und 57 Prozent der Fabriken in jüdischem Besitz.⁵⁹ Diese Unternehmungen wurden nach der Einverleibung Litauens durch die UdSSR verstaatlicht. Auch wurden mit der Zeit die hebräischen Schulen geschlossen und den Juden politische Aktivitäten verboten. Am 14. Juni 1941, eine Woche vor dem deutschen Überfall auf die UdSSR, deportierte der sowjetische Geheimdienst NKWD – in dem auch Juden hohe Ämter besetzten⁶⁰ – sogenannte 'Volksfeinde' nach Sibirien und in andere Gebiete der UdSSR.⁶¹ Von den 34.260 Verschleppten waren ungefähr 7.000 Juden, also 3 Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung Litauens, im Verhältnis zu 1 Prozent Nichtjuden. Trotz all dieser Verfolgungen war die Hoffnung, einzig die Sowjetunion bzw. die Rote Armee könne das Judentum vor Hitlers Wahn retten, größer als das Unverständnis und die Enttäuschung der einen oder der tiefe Schmerz oder die Feindschaft gegenüber der UdSSR bei den anderen.

Für die Litauer bedeutete die Besetzung ihres Landes dagegen das definitive Ende ihrer Unabhängigkeit. Viele Litauer sahen in den Juden Unterstützer des sowjetischen Systems, obwohl auch die Juden unter der sowjetischen Besatzung zu leiden hatten. Bereits vor der Invasion der Deutschen im Juni 1941 verbreiteten litauische Untergrundorganisationen Flugblätter mit Drohungen gegen Juden, und es kam vereinzelt schon zu Pogromen. Einen Tag nach dem Überfall der Deutschen auf die UdSSR am 22. Juni 1941 erhoben sich Litauer mit dem Slogan "Nieder mit der Regierung von Bettlern und Juden" gegen die sowjetische Besatzungsmacht und errichteten eine provisorische Regierung. In dieser Zeit versuchten viele Juden zu fliehen, doch erreichten nur etwa 15.000 die Sowjetunion, von denen mehr als ein Drittel aktive Gegner des Nationalsozialismus war.⁶²

Die meisten der rund 250.000 Juden, die am Vorabend des deutschen Einmarsches in Litauen lebten, wurden in den ersten sechs Monaten ermordet, nämlich etwa 210.000. Im Juli und August 1941 ermordeten die Deutschen die überwiegende Mehrzahl der Juden aus den Provinzen, zwischen September und November 1941 die meisten aus den Ghettos der größeren Städte. Die restlichen noch verbliebenen Juden kamen in den Jahren 1943/44 hauptsächlich in den Todeslagern der Nationalsozialisten um, insgesamt überlebten schätzungsweise 8.000 Litwaken den Holocaust, was ungefähr 3,5 Prozent der jüdischen Gesamtbevölkerung der Vorkriegszeit ausmachte.

Ähnlich wie im Fall der Ukraine beteiligten sich auch in Litauen einheimische Helfershelfer an den Greueln gegen die Juden. Zwar gab es auch in Litauen vereinzelt Personen, die

⁵⁹ I. Gutman, a.a.O., S. 871.

⁶⁰ Trotz allem war der Anteil der Juden im NKWD im Vergleich zu den Litauern gering, nämlich 7 Prozent bei den leitenden Mitarbeitern und 13 Prozent bei den einfachen Mitarbeitern des NKWD (J.A. Melamed, Editor's Message, in: Lithuania Crime & Punishment, No. 4, January 1994, S. 2).

⁶¹ Die sowjetische Führung ließ ungefähr eine Woche vor dem deutschen Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 nicht nur in Litauen Tausende von Personen nach Sibirien deportieren, sondern auch in andere von der Roten Armee annektierte Gebiete, etwa in die Bukowina. Es stellt sich die Frage, ob der sowjetische Geheimdienst eine 'flächendeckende Aktion' zur Deportation von 'Volksfeinden' – wovon ein großer Prozentsatz Juden war – geplant hatte.

⁶² I. Gutman, a.a.O., S. 871.

Juden vor der Vernichtung retteten, doch ist die Zahl derjenigen Litauer, die aktiv an den Judenverfolgungen teilgenommen haben, mit Sicherheit größer als diejenige, die Juden gerettet haben. Als grausamste Mittäter am nationalsozialistischen Mord an den Juden galten die Mitglieder der 'Litauischen Aktivisten Front' (LAF), die am 24. März 1941 in Berlin gegründet worden war.

Bis heute unbekannt ist die genaue Anzahl litauischer Helfershelfer, die entweder selbst Juden ermordeten oder ihren Dienst den deutschen Truppen in Polizei- und anderen Sondereinheiten anboten. Allerdings wird vor allem in litauischen Emigrantenkreisen in den USA und Kanada häufig die Meinung vertreten, die Kollaboration von Litauern mit den Deutschen sei minimal gewesen, vielmehr hätten diese selbst unter den Nationalsozialisten gelitten.⁶³ Daß auch Litauer in Konzentrationslagern ums Leben kamen, ist eine erwiesene Tatsache, doch ist diese Zahl im Vergleich zu den jüdischen Opfern gering. Vielen litauischen Kriegsverbrechern gelang nach dem Krieg die Flucht nach Übersee.

Abschließend soll in diesem geschichtlichen Rückblick des 20. Jahrhunderts ein drittes Element genannt werden, das für die heutige Diskussion über den Antisemitismus relevant ist: die Aufarbeitung der Geschichte des Holocaust im Gefolge der Unabhängigkeitsbestrebungen des baltischen Staates von Moskau seit Ende der 1980er Jahre. Bereits in den 1970er Jahren setzte sich der Sprachwissenschaftler und Schriftsteller Tomas Venclova in einem vielbeachteten Aufsatz mit dem Titel 'Juden und Litauer' für eine Aufarbeitung der jüdisch-litauischen Geschichte ein.⁶⁴ Venclovas Artikel löste die längst fällige Diskussion über die litauische Mitschuld am Holocaust aus. Als sich in den 1980er Jahren die Unabhängigkeitsstrebungen in Litauen verstärkten, nahm dabei auch die Aufarbeitung der Vergangenheit einen wichtigen Platz ein. Nun äußerten sich sogar Moskau bzw. der sowjetische Geheimdienst KGB, der jahrzehntelang die Geschichte des Holocaust auf eigene Art und Weise manipulierte, dahingehend, daß es sich bei den litauischen Unabhängigkeitsbefürwortern der 'Sajudis-Bewegung' um ehemalige Helfershelfer der Nationalsozialisten handele.⁶⁵

Die Haltung der im Juni 1988 gegründeten Bewegung 'Sajudis' (Bewegung für die Unabhängigkeit Litauens) zur jüdischen Geschichte Litauens läßt sich am besten anhand einer parlamentarischen Deklaration vom 5. März 1989 anläßlich der Gründung der jüdischen Kulturgesellschaft in Vilnius darstellen: "We shall never agree with the antisemitic assertions that claim that the Jews as a people ever wished evil to Lithuania or harmed it; but we also cannot agree with the accusations that allege that the whole Lithuanian people murdered Jews. There were many cases, a portion of them have been published or been recounted in the press, when

⁶³ Die Mitbeteiligung von Litauern an den Greuelthaten der Nationalsozialisten wird wissenschaftlich – bis auf die Ausnahme einiger äußerst nationalistischer Exillitauer in den USA und Kanada – eigentlich nicht mehr bestritten. Lediglich über den genauen Umfang der litauischen Beteiligung besteht Unklarheit.

⁶⁴ T. Venclova, Jews and Lithuanians, in: Jews and Jewish Topics in the Soviet Union and Eastern Europe, Nr. 11, Spring 1990, S. 41. Venclovas Artikel erschien zum ersten Mal im Jahr 1976 in der Untergrundzeitschrift 'Evrei v SSSR'; erst 1989 wurde er in Litauen offiziell publiziert.

⁶⁵ F. Thom, Le KGB et les Juifs, in: Pardes, 19-20/1994, S. 17ff.

Lithuanians, despite the risk to their lives, hid and saved Jewish children and even whole families."⁶⁶

Im Gegensatz etwa zur ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung 'Ruch' war bei 'Sajudis' der Kampf gegen den Antisemitismus nicht ein zentraler Programmpunkt. Die meisten Mitglieder von 'Sajudis' betrachteten die Litauer als von zwei totalitären Staaten (Nazideutschland, Sowjetunion) gleichermaßen und am meisten unterdrücktes Volk; das Thema der Minderheiten fand wenig Platz. Dem jüdischen 'Sajudis'-Aktivisten, Parlamentsabgeordneten und Direktor des Jüdischen Museums in Vilnius, Emanuelis Zingeris, ist es zu verdanken, daß die 'jüdische Frage' in jener Zeit nicht vollständig vernachlässigt wurde.

4.2 Politischer Antisemitismus in Organisationen und Parteien

Die beiden bis zum Herbst 1996 größten Parteien Litauens waren die 'Litauische Demokratische Partei der Arbeit' (LDDP) – die Nachfolgepartei der Kommunisten –, die unter der Führung von Algirdas Brazauskas bis zum Oktober 1996 die Mehrheit im Parlament besaß und der unter anderem vom ehemaligen Staatspräsidenten Vytautas Landsbergis geführte Block 'Tevynes Sajunga – Lietuvos Konservatoriai' (Vaterlandsunion – Litauische Konservative), der sich auf der Grundlage von 'Sajudis' gebildet hatte und heute die stärkste Fraktion ausmacht. Beide Parteien vertreten keine antisemitische Haltung. Mitglieder der von Landsbergis geführten Vaterlandsunion tun sich allerdings schwer, wenn es um die Mitschuld von Teilen der litauischen Bevölkerung am Holocaust geht. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Litauens, Simonas Alperavičius, ist der Ansicht, daß im nationalen Parlament lediglich die 'Nationalistenpartei' (Tautininkai) unter der Leitung von R. Smetona in letzter Zeit einen zunehmend antijüdischen Standpunkt eingenommen hat.⁶⁷ Allerdings kann man bei dieser Partei kaum von einer betont antisemitischen Einstellung sprechen.

Im Gegensatz etwa zu Lettland sind in Litauen keine rechtsextremistischen Organisationen bekannt, die in großem Ausmaß mit antisemitischen Manifestationen im Land operieren würden,⁶⁸ obwohl auch aus diesem Land immer wieder Schändungen jüdischer Friedhöfe oder das Anbringen von Naziparolen an Häusern vermeldet werden.⁶⁹ In letzter Zeit allerdings gibt es Anzeichen dafür, daß einige kleinere, nicht im nationalen Parlament vertretene Parteien – etwa die 'Litauische Freiheitsliga' oder die 'Jungen Litauer' – im Zuge der Diskussion über die litauische Mitbeteiligung am Holocaust antisemitisches Gedankengut vertreten. Als

⁶⁶ Zitiert aus: S. Ycikas, Lithuanian-Jewish Relations in the Shadow of the Holocaust, in: Jews and Jewish Topics in the Soviet Union and Eastern Europe, Nr. 11, Spring 1990, S. 51.

⁶⁷ S. Alperavičius, Certain Important Aspects of the Anti-Semitism in Lithuania. Vortrag organisiert vom Europaparlament und gehalten in Brüssel am 10./11. April 1995.

⁶⁸ Zu rechtsextremistischen Strömungen in Litauen im allgemeinen siehe: V. Paulauskas, Erscheinungen des Rechtsextremismus und Nationalismus in Litauen, BIOst, Nr. 21, 1996. In diesem Bericht werden die 'Nationale Fortschrittspartei', der 'Litauische Freiheitsbund' sowie die 'Jungen Litauer' durch den jüdisch-litauischen Emigranten Aleksandras Shtromas als 'profaschistisch' bezeichnet (S. 14).

⁶⁹ Beispielsweise wurde im Februar 1995 der jüdische Friedhof von Kaunas verwüstet (Écho Litvy, Nr. 32, 15. Februar 1995, S. 2). Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich im August 1995 auf dem jüdischen Friedhof von Vilnius, wo Grabsteine mit Hakenkreuzen beschmiert wurden.

antisemitisch zu betrachten sind beispielsweise auch der im Stadtparlament von Kaunas mit mehreren Abgeordneten vertretene rechtsstehende 'Litauische Freiheitsbund' oder die rechtsextremistische 'Nationale Fortschrittspartei' unter der Führung von Egidijus Klumbys. Letzterer hatte im Herbst 1994 in der Zeitung *Kauno diena* (Kaunaser Tag) einen Artikel unter dem Titel 'Man darf nicht nur Rechnungen begleichen, man muß auch die Kühnheit haben, sie vorzuzeigen' veröffentlicht.⁷⁰ Klumbys vertritt darin vehement die Meinung, die an den Juden begangenen Verbrechen auf litauischem Boden seien die Rechnung für deren Taten während der Sowjetbesatzung. Die Juden sind nach Ansicht von Klumbys verantwortlich für den Genozid an den Litauern, sie sind die "wirklichen Verteiler der roten Pest in Litauen"⁷¹. Simonas Alperavičius brachte darauf die Schändung eines jüdischen Friedhofs im Sommer 1994 mit Klumbys Äußerungen in eben dieser Zeitung in Verbindung. Der Vorsitzende der 'Nationalen Fortschrittspartei' erwiderte darauf, daß die Schändung irgendeines Friedhofs zwar eine erschreckende Tatsache sei, "doch dürfe man daraus keine politische Angelegenheit machen"⁷².

4.3 Antisemitismus in der litauischen Presse

Entsprechend den obigen Ausführungen ist es verständlich, daß in Litauen Zeitungen und Zeitschriften rechtsextremistischer Gruppierungen mit antisemitischem Inhalt nicht in großem Maß publiziert werden. Dennoch tauchten beispielsweise 1993 in Vilnius und anderen litauischen Städten Ausgaben von Hitlers 'Mein Kampf' auf.⁷³

Themen, die die 'jüdische Frage' betreffen, werden in den meisten Fällen je nach politischen Ereignissen in 'respektablen' Tageszeitungen oder Wochenzeitschriften verbreitet. Dabei waren es in den Jahren seit der Unabhängigkeit Litauens hauptsächlich vier Ereignisse, die das litauisch-jüdische Verhältnis belasteten: Erstens die Errichtung von Denkmälern für die Opfer des Holocaust (beispielsweise in Paneriai oder im IX. Fort in Kaunas⁷⁴), zweitens die seit der Unabhängigkeit geführte Diskussion über eine Restitution jüdischen Eigentums, drittens das sogenannte Rehabilitationsgesetz vom 2. Mai 1990 und viertens schließlich der Besuch von Staatspräsident Brazauskas im Frühjahr 1995 in Israel.

Diese vier Ereignisse wurden in etlichen Artikeln in der Presse behandelt; bei der Untersuchung solcher Presseberichte – auch in angesehenen Zeitungen wie *Respublika* (Republik), *Lietuvos Rytas* (Litauens Morgen) oder *Lietuvos Aidas* (Litauens Echo) – stellte der in Litauen geborene Dov Levin fest, daß immer wieder die gleichen Themen verwendet werden,

⁷⁰ Siehe dazu: *Écho Litvy*, 30.9.1994, S. 2.

⁷¹ Ebenda, S. 2.

⁷² *Écho Litvy*, 12.10.1994, S. 2.

⁷³ *Écho Litvy*, Nr. 75, 19.4.1994, S. 4.

⁷⁴ Im sogenannten IX. Fort in Kaunas wurden während des Zweiten Weltkriegs ungefähr 80.000 Juden und Tausende von sowjetischen Kriegsgefangenen ermordet. Die Regierung Landsbergis gestaltete die Festungsanlage in ein Museum um; deren ständige Ausstellung ist den "von den Kommunisten verfolgten Litauern" gewidmet – nicht etwa den von Nationalsozialisten und Litauern ermordeten Juden.

die teilweise antijüdisches Gedankengut enthalten.⁷⁵ Von den wichtigsten Argumenten seien die folgenden drei genannt: Erstens die Theorie der sogenannten 'symmetrischen Gerechtigkeit' (in der litauischen Presse auch als 'Theorie von den zwei Genoziden' bezeichnet), die besagt, daß es zuerst die Juden waren, die Stalin bei der Sowjetisierung Litauens geholfen hätten und die Litauer deshalb nach dem Einmarsch der Deutschen berechtigt gewesen seien, den Juden gegenüber Vergeltung zu üben (Symmetrie zwischen dem jüdischen Holocaust und dem 'Genozid' an den Litauern⁷⁶). Damit im Zusammenhang wird zweitens häufig die Forderung erhoben, wenn jüdische Organisationen eine klare Verfolgung von litauischen Nazi-Verbrechern verlangten, müßten auch in Israel ehemalige jüdische KGB-Agenten, die für die Deportation von Litauern nach Sibirien verantwortlich gewesen seien, zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Vergleich ist nicht haltbar, weil der Anteil der Juden in der Sowjetadministration Litauens während und nach dem Einmarsch der Roten Armee ziemlich klein war.⁷⁷ Drittens wird von litauischer Seite häufig die Behauptung aufgestellt, daß nur eine geringe Zahl von Litauern an den Greueln der Nationalsozialisten beteiligt war. Auch diese Beteuerung hält historischen Fakten nicht stand.

Die wachsende Institutionalisierung der 'jüdischen Frage' in litauischen Presseartikeln wird in einem Offenen Brief an den Generalstaatsanwalt kritisiert: "Das Gefährlichste für unsere noch junge Unabhängigkeit ist der Umstand, daß die Redakteure einiger Presseerzeugnisse aus gewinnsüchtigem Antrieb handeln und – indem sie dafür sogar die Tragödie des jüdischen Volkes ausnutzen – eine politische Krise provozieren."⁷⁸ Die Verharmlosung von Greueln und die Verfälschung historischer Fakten – dazu gehört auch die Behauptung, die Litauer hätten über Jahrhunderte hinweg friedlich mit den Juden zusammengelebt und erst die beiden großen Diktatoren des 20. Jahrhunderts – Hitler und Stalin – hätten diese 'Idylle' zerstört, ist bei etlichen Verfassern von Presseartikeln zur 'jüdischen Frage' anzutreffen. Dies ist sicherlich auch eine Folge der jahrzehntelangen Isolation Litauens von der westlichen Kultur, der fünfzigjährigen Absenz jeglicher Kontakte zu wissenschaftlichen Institutionen im Westen. Die von Levin untersuchten Presseartikel zeigen die Durchschnittshaltung der litauischen Bevölkerung zur 'jüdischen Frage' auf. In den meisten Fällen wird von den Verfassern keine extrem antisemitische Haltung vertreten (wie das beispielsweise in der Ukraine von den Ideologen des Antisemitismus häufig in der rechtsextremistischen Presse geschieht), vielmehr könnte man deren Haltung als 'pro-litauisch' oder jüdischen Anliegen gegenüber

⁷⁵ D. Levin, Lithuanian Attitudes toward the Jewish Minority in the Aftermath of the Holocaust: The Lithuanian Press, 1991-1992, in: Holocaust and Genocide Studies, Vol. 7, Number 2, Fall 1993, S. 247-262.

⁷⁶ Am 16. Juli 1993 verabschiedete das litauische Parlament das sogenannte 'Genozidgesetz', das die Gründung eines Zentrums zur Erforschung des Genozids an der litauischen Bevölkerung vorsah (Gesetz der litauischen Republik vom 16. Juli 1993 (No. 1-242) über ein Zentrum zur Erforschung des Genozids und des Widerstands der litauischen Bevölkerung). In diesem Zentrum, das die sowjetischen Verbrechen am litauischen Volk untersuchen soll, sind unter anderem auch die Akten aus dem ehemaligen KGB-Archiv in Vilnius untergebracht. Der Wortlaut des Gesetzes findet sich – in russischer Sprache – in: *Écho Litvy*, Nr. 148, 4.8.1993, S. 3. Das Gesetz vom 16. Juli 1993 ersetzte das 'Genozidgesetz' vom 9. April 1992, das noch unter der Regierung Landsbergis ausgearbeitet worden war.

⁷⁷ Vgl. dazu die tabellarische Aufstellung in: J.A. Melamed, a.a.O., S. 2.

⁷⁸ *Écho Litvy*, Nr. 35, 21.2.1995, S. 4.

'unverständlich' bezeichnen. Trotzdem gibt es auch in Litauen Beispiele von Antisemiten der 'primitiven Sorte', die zwar selten in der Presse ihre Meinung kundtun, deshalb aber in ihrer Anzahl nicht unterschätzt werden dürfen. Solche Personen argumentieren mit den antijüdischen Stereotypen des Mittelalters: "The fate that befell your people, the Jews, to be shot by the Nazis is the punishment you deserve for using in your religious rites the blood of Catholic children drained from their bodies by torturous means till they died in agony. ... So do not complain that fate turned away from you, you deserve the punishment."⁷⁹ Ziemlich großes Aufsehen erregte kürzlich ein Artikel in der litauischen Zeitung *Europa*, in dem unter der Überschrift 'Juden – Menschenmörder' folgende Fragen 'analysiert' werden: "Töten Juden christliche Kinder für religiöse Rituale? Wird die ganze Welt bald Hebräisch sprechen und nur eine einzige jüdische Regierung die Erde beherrschen? Wird Litauen Israel angeschlossen werden, mit dem Status einer Unionsrepublik?"⁸⁰ Beinahe noch bedenklicher als die Publikation dieses Artikels in der Boulevardzeitung *Europa* war die Tatsache, daß kein angesehenes Blatt die Erklärung der litauischen Pressekontrollstelle veröffentlichte, die den Artikel in *Europa* in scharfen Worten mißbilligte.⁸¹

4.4 Staat und Antisemitismus

Bereits in den späten 1980er Jahren wurde die litauische Staatsführung immer wieder mit der 'jüdischen Frage' konfrontiert. Im Gefolge der Bestrebungen von 'Sajudis' um die Wiederherstellung eines unabhängigen Litauens mußten zwangsläufig auch die Zeit des Zweiten Weltkriegs diskutiert werden und damit die Frage der litauischen Mitbeteiligung am Holocaust. Seit November 1989 stand Vytautas Landsbergis an der Spitze der Unabhängigkeitsbewegung 'Sajudis', im März 1990 wurde er zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet Litauens und damit de facto zum Staatspräsidenten gewählt. Im Februar 1993 mußte er sein Amt an den LDDP-Vorsitzenden Brazauskas abgeben.

Eine der ersten offiziellen Verlautbarungen der litauischen Regierung zur 'jüdischen Frage' war eine Erklärung des Obersten Sowjet vom 8. Mai 1990 über den 'Genozid des jüdischen Volkes in Litauen während der Zeit der Hitlerischen Besatzung'. In diesem Dokument wurde zum ersten Mal von offizieller Seite von einer Mitschuld litauischer Bürger am Holocaust gesprochen, doch mutet die Bezeichnung für die Mörder – nämlich 'litauische Bürger' – im Vergleich zur Bezeichnung des Reuigen – nämlich die litauische Regierung im Namen des 'litauischen Volkes' – seltsam an. Der Versuch, das litauische Volk von einer Mitschuld an den Verbrechen gegenüber den Juden zu befreien, zumindest jedoch dessen Unterstützung der Nationalsozialisten zu minimieren, ist typisch für fast alle Erklärungen von litauischen Regierungsvertretern in der Zeit von Landsbergis' Präsidentschaft. Damit im Zusammenhang steht auch das sogenannte Rehabilitationsgesetz vom 2. Mai 1990. Dieses Gesetz löste in Israel wie in der westlichen Welt teilweise heftige Reaktionen aus. Israelische Wissenschaftler wiesen auf die Möglichkeit hin, daß sich unter den Rehabilitierten etliche

⁷⁹ Zitiert aus: Lithuania Crime & Punishment, No. 4, January 1994, S. 30.

⁸⁰ Europa, Nr. 9, 21.-23.2.1996, S. 1, zitiert aus: Litovskij Ierusalim, Nr. 3, März 1996, S. 2.

⁸¹ Litovskij Ierusalim, Nr. 4, April 1996, S. 4.

Litauer befänden, die an Verbrechen gegen Juden beteiligt waren. Sie störten sich vor allem daran, daß die litauische Seite die Namen der Rehabilitierten nicht bekanntgab, und der Begriff 'Teilnahme am Genozid' nur auf diejenigen zutraf, die Juden eigenhändig ermordeten, die 'kleinen' Helfershelfer jedoch ausnahm.

Aufgrund der Proteste vor allem von israelischer und jüdischer Seite zeigte sich Landsbergis bereit, einen gemeinsamen israelisch-litauischen Ausschuß zu bilden, der sich mit der Klärung dieser Probleme befassen sollte. Doch standen der Aufarbeitung der Vergangenheit praktische Schwierigkeiten im Weg, weil sich Landsbergis weigerte, Wissenschaftlern umfassenden Zugang zu den Archiven zu gewähren und der damalige Staatsanwalt Arturas Paulauskas verschiedene zweifelhafte Rehabilitationen bestätigte. Der Besuch der von Landsbergis eingeladenen israelischen Delegation wurde aus diesen Gründen immer wieder hinausgezögert und fand erst im Juni 1993 statt.

Ein weiterer Versuch der damaligen Regierung, die Mitschuld der litauischen Bevölkerung auf möglichst tiefem Niveau zu halten, war die Aussage von Ministerpräsident Gediminas Vagnorius, der anlässlich der Denkmalerrichtung in Paneriai im Juni 1991 sagte, die Tragödie des Holocaust – die er einmal mehr mit den Verbrechen verglich, die die Litauer im stalinistischen Sowjetsystem erdulden mußten –, hätte länger als ein 'Augenzwinkern' gedauert, mindestens jedoch drei Monate.⁸² Es ist Vagnorius wohl entgangen, daß Nationalsozialisten mit Litauern gemeinsam die jüdische Bevölkerung mehr als drei Jahre lang terrorisierten und fast vollständig auslöschten.

Zusammenfassend betrachtet kann man feststellen, daß in der Regierungszeit von Landsbergis die 'jüdische Frage' wenig feinfühlig behandelt wurde. Zwar profitierte die jüdische Gemeinde Litauens ohne Zweifel von den Vorteilen der jungen Demokratie: So wurde etwa das jüdische Museum in Vilnius wiedereröffnet oder jüdische Schulen eingerichtet; auch wurde beispielsweise im Jahr 1992 von der litauischen Regierung ein Verbot gegen russische antisemitische Zeitschriften wie beispielsweise *Naš sovremennik* oder *Molodaja gvardija* verhängt.⁸³ Doch lag Landsbergis' politisches Hauptziel in erster Linie auf der Wiederherstellung der litauischen Nation, womit unweigerlich die Minimierung der litauischen Mitschuld am Holocaust verbunden war. Mit der Theorie der 'symmetrischen Gerechtigkeit' konnte sich Landsbergis der Unterstützung rechtskonservativer Kreise in der litauischen Bevölkerung gewiß sein und als 'Vater der Nation' auftreten.

Mit der Wahl von Algirdas Brazauskas zum litauischen Staatspräsidenten Ende 1992 änderte sich auch die Einstellung der Regierung zur 'jüdischen Frage'. Kurz nach seiner Wahl bestätigte Brazauskas, daß es bei der Rehabilitierung aufgrund des Gesetzes vom 2. Mai 1990

⁸² Zitiert in: E. Zuroff, *The Memory of Murder and the Murder of Memory*, in: *The Days of Memory: International Conference in Commemoration of the 50th Anniversary of the Liquidation of the Vilnius Ghetto*, 11.-16. Oktober 1993, ed. by the Lithuanian State Jewish Museum, Vilnius 1995, S. 398.

⁸³ Die litauische Regierung verbot diese Zeitschriften wohl eher wegen des darin vertretenen großrussischen Chauvinismus denn wegen der darin nicht minder geäußerten Judenfeindschaft. Als Initiator eines Verbots dieser Zeitschriften gilt einmal mehr Emanuelis Zingeris.

in einigen Fällen zu Fehlern gekommen sei.⁸⁴ Im Juni 1993 fand das bereits erwähnte Treffen zwischen einer litauischen und einer israelischen Delegation in Litauen statt, an dem auf israelischer Seite unter anderem der ehemalige Justizminister Dan Meridor sowie der Historiker Dov Levin teilnahmen. Doch fanden die Anliegen der Israelis – Veröffentlichung der Namen rehabilitierter Personen, nicht zu enge Auslegung des Begriffs 'Genozid' (nicht nur derjenige, der einen Menschen persönlich tötet, ist für den Mord an den Juden verantwortlich) – auf litauischer Seite zumindest beim Gespräch mit Mitgliedern des Parlaments wenig Gehör. So etwa forderte der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses beim litauischen Parlament, der extrem nationalistisch gesinnte Kazys Bobelis,⁸⁵ dessen Vater während des deutschen Einmarsches Militärkommandant in Kaunas war und über Radio den Befehl gab, für einen getöteten Deutschen würden 100 Juden hingerichtet, die Israelis auf, ihrerseits Juden ausfindig zu machen, die während der sowjetischen Besatzung von Juni 1940 bis Juni 1941 Litauer mißhandelt und getötet hätten.⁸⁶

Im Laufe seiner Regierungszeit wurde das litauische Staatsoberhaupt verstärkt für die 'jüdische Frage' sensibilisiert. War Brazauskas kurz nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten noch Anhänger der sogenannten Theorie der 'symmetrischen Gerechtigkeit', so distanzierte er sich nach und nach von diesem Vergleich. Er bemühte sich zusehends, die Anliegen jüdischer Organisationen zu verstehen und eine Aufarbeitung der Vergangenheit einzuleiten. Im November 1994 erließ er ein Dekret, das die Schaffung einer Arbeitsgruppe vorsah, die sich unter anderem mit Fragen der litauischen Mitbeteiligung am Holocaust befassen sollte. Am 1. März 1995 bekannte schließlich Staatspräsident Brazauskas in einer vielbeachteten Rede vor der Knesseth in bewegenden Worten die Mitschuld Litauens am Holocaust: "If I could, I would address you in the words with which you begin every day and repeat thereafter: 'Listen, Israel'. From this podium, where many heads of state have stood, in the very heart of your history and of your state, I, the President of Lithuania, bow my head to the memory of the more than two hundred thousand Jews of Lithuania who were killed. I ask you for forgiveness for those Lithuanians who ruthlessly killed, shot, deported and robbed Jews."⁸⁷

Ein wenig positives Echo auf seine Knesseth-Rede ertete das litauische Staatsoberhaupt in seinem eigenen Land: Zwar seien die Ablehnung der Theorie von der 'symmetrischen Gerechtigkeit' und das Bekenntnis zur Mitschuld Litauens am Holocaust von großem historischen Wert gewesen, meinte etwa der Präsidentenberater Justas Vincas Paleckis, doch haben die Worte von Brazauskas in Litauen in den meisten Fällen kein Verständnis gefunden. Weit verbreitet war die Meinung, der Staatsoberhaupt solle sich lieber um die Litauer kümmern

⁸⁴ A. Lieven, *The Baltic Revolution. Estonia, Latvia, Lithuania and the Path to Independence*. New Haven/London 1993, S. 156.

⁸⁵ Kazys Bobelis wurde dank der Unterstützung der rechtsextremistischen Partei 'Junge Litauer' ins Parlament gewählt. Wider Erwarten unterstützte Bobelis die Präsidentschaftskandidatur von Brazauskas – wie Anatol Lieven meint "aus purem Optimismus" – und wurde deshalb vom Staatsoberhaupt mit dem Amt des Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im Parlament belohnt.

⁸⁶ D. Levin, *New Lithuania's Old Policy Toward the Holocaust*, in: *Jews in Eastern Europe*, Nr. 24, Summer 1994, S. 20.

⁸⁷ Address by the President of Lithuania, 1. März 1995.

oder um seine eigene Schuld als ehemaliger kommunistischer Parteichef. So etwa erschien in der Tageszeitung *Lietuvos Aidas* (Litauens Echo) ein Redaktionskommentar mit dem Titel 'Heilschlamm': "Brazauskas hat Litauen ein Minderwertigkeitsgefühl mitgebracht: Nicht nur, daß unsere Leiden nirgends beim Namen genannt werden, wir werden uns auch die ganze Zeit entschuldigen und uns vor den Mächtigeren beugen. Nach dem Rezept von Tomas Venclova – sowohl vor den Russen wie auch vor den Polen und den Juden und ... allen, die nur anfangen, uns zu beschimpfen."⁸⁸ In einer Redaktionskolumne der Zeitung *Respublika* wurde vermerkt, daß vor dem Besuch Brazauskas in Israel die litauische Regierung großem Druck von seiten Israels und jüdischer Organisationen ausgesetzt gewesen sei: Der Verfasser vertrat unter dem Titel 'Ein Unhöflichkeitsbesuch' die Meinung, es stehe Litauen nicht an, öffentlich irgendwelche Fehler einzugestehen: "Warum müssen wir uns entschuldigen und Reue zeigen, wenn dies uns gegenüber niemand tut? ... Wie wird unser Präsident in den Augen unserer Landsleute betrachtet? Ein Präsident, der so viele Vorschüsse, Geschenke und Versprechungen verteilt und so viele Riten vollzogen hat, damit jedoch bloß etwas erreicht hat, daß unser Staat nämlich – indem er Verbindungen sowohl zur israelischen Regierung als auch zur internationalen jüdischen Gemeinde stützt – als ein noch unterwürfigerer Partner betrachtet wird als bisher."⁸⁹

Trotz der klärenden und sicherlich ernstgemeinten Worte des litauischen Staatsoberhauptes vor der Knesseth ist das litauisch-jüdische Verhältnis auch heute noch weit davon entfernt, als freundschaftlich bezeichnet zu werden. Folgende Hindernisse hemmen den Prozeß einer Annäherung zwischen beiden Völkern:

Erstens zögert die litauische Regierung die Verabschiedung einer Ungültigkeitserklärung von zu Unrecht rehabilitierten Personen (laut Gesetz vom 2. Mai 1990) hinaus, die Verbrechen an den Juden begangen hatten. Damit verbunden ist eine endlose Diskussion über mögliche Anklagen gegen Litauer wegen Kriegsverbrechen. In diesem Zusammenhang ist auch die Weigerung der litauischen Behörden zu sehen, der Einrichtung einer Zweigstelle des Simon Wiesenthal-Zentrums (zur Aufspürung von Kriegsverbrechern) in Vilnius zuzustimmen. Als Begründung wird angegeben, die litauische Verfassung sehe keine Möglichkeit zur Installierung einer ausländischen öffentlichen Organisation auf litauischem Boden vor.

Als *zweites* Hindernis für ein besseres jüdisch-litauisches Verhältnis betrachten Vertreter jüdischer Organisationen die Weigerung der Regierung in Vilnius, ehemaliges jüdisches Eigentum – das die Litwaken vor dem Zweiten Weltkrieg besaßen – an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben. Dabei handelt es sich um Eigentum an Grundstücken, Liegenschaften und Sachwerten, das den ermordeten Juden von den Nationalsozialisten entwendet worden war und nach dem Krieg von den kommunistischen Machthabern konfisziert wurde. An sich legalisierte die litauische Gesetzgebung unmittelbar nach Errichtung der Unabhängigkeit eine Rückgabe des von Kommunisten enteigneten Besitzes,

⁸⁸ *Lietuvos Aidas*, 7.3.1995, zitiert in: R. Vesper, Stimmen zum litauisch-jüdischen Verhältnis, in: Osteuropa, Nr. 2, 1996, S. A79.

⁸⁹ *Respublika*, 7.3.1995, S. 4.

doch galt diese Regelung nur für Bürger und Bewohner Litauens, was konkret bedeutete, daß Nicht-Angehörige der litauischen Nationalität von der Restitution ausgeschlossen waren. Angesehene Zeitungen des Landes, wie beispielsweise die größte litauische Tageszeitung *Lietuvos Rytas*, kommentieren den Restitutionsstreit in teilweise antijüdischem Unterton solcherart etwa, daß die Juden die litauische Nation zerschlagen und wirtschaftlich ruinieren würden.

Die nicht eben mit besonderer Härte durchgeführten Maßnahmen der Regierung gegen die Verbreitung von Antisemitismus bei staatlichen Behörden oder in Teilen der Presse stellt schließlich ein *drittes* Hindernis für eine Entspannung des litauisch-jüdischen Verhältnis dar. So ist beispielsweise im Westen bisher nichts über Gerichtsverfahren gegen die Verbreiter von antisemitischem Gedankengut bekanntgeworden, was darauf hindeutet, daß auch keine solchen Verfahren stattgefunden haben.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die 'jüdische Frage' in Litauen nach der Errichtung der Unabhängigkeit zu einem besonders heiklen Thema wurde. Dabei spielte – anders als etwa in Rußland – vor allem die Kollaboration der Litauer mit den Nationalsozialisten eine wichtige Rolle. Tomas Venclova ist der Ansicht, daß sich sein Heimatland nur dann von der Last der Mitschuld am Holocaust befreien kann, wenn die Zusammenarbeit mit den Deutschen bei ihrem Einmarsch am 22. Juni 1941 von den Litauern klar beurteilt wird: "Until 1991 it was said that an open discussion of these questions was advantageous to the occupation regime. Even such position can be doubted, but at least it is understandable. Now, when the country is free, it is a duty of the Lithuanian state and of its intellectuals to illuminate these questions once and forever, without passing anything over in silence and without self-justifications. I am certain that we shall not become full-fledged members of the world democratic community until we free ourselves from this psychological burden."⁹⁰

5. Schlußteil

Die vorliegende Studie hat gezeigt, daß die heutige Diskussion über die 'jüdische Frage' in den drei Transformationsländern Rußland, Ukraine und Litauen in großem Maß durch historische Ereignisse belastet ist. Dies trifft insbesondere für die Ukraine und Litauen zu, in denen die Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs bzw. die Komplizenschaft von Teilen der Bevölkerung mit den Deutschen im Vordergrund steht. Dies bedeutet allerdings nicht, daß eine zufriedenstellende 'Vergangenheitsbewältigung' den Antisemitismus in diesen Ländern völlig beseitigt. Das Beispiel Rußland hat deutlich gemacht, daß es hauptsächlich die jahrzehntelange sowjetische Antisemitismuspolitik war, deren Propagandawirkung auch heute noch in großen Teilen der Bevölkerung spürbar ist. Judenfeindschaft ist denn auch weiterhin bei gewissen Parteien, manchen Intellektuellen und bei Teilen der Behörden 'salonfähig' und wird bei jedweder Gelegenheit eingesetzt – ob direkt oder indirekt, spielt dabei keine Rolle (Antisemitismus als 'Anti-Westlertum', Antisemitismus

⁹⁰ T. Venclova, A Fifth Year of Independence: Lithuania, 1922 and 1994, in: East European Politics and Societies, Vol. 9, No. 2, Spring 1995, S. 363f.

als Anti-El'cin-Politik, Antisemitismus als Antizionismus etc.). Judenfeindschaft wird häufig verwendet, um den politischen Gegner anzuklagen. Jüngstes Beispiel in Rußland stellte etwa die Ernennung Boris Berezovskijs zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrats durch Präsident El'cin dar, eine Entscheidung, die sogleich einen Sturm der Entrüstung bei Nationalisten und Kommunisten hervorrief.⁹¹

Allerdings bedarf der Antisemitismus als spezielle Form einer Phobie der relativen Einordnung: In Rußland stehen die Abneigung gegen bzw. der Haß auf die Kaukasier bzw. die 'Schwarzen' wohl an erster Stelle, in der Ukraine und wohl auch in Litauen sind es die Russen, die primär als 'die Schuldigen' für alle mißlichen Situationen im wirtschaftlichen und politischen Bereich verantwortlich gemacht werden. Dies bedeutet jedoch nicht, daß damit die Judenfeindschaft in diesen Staaten zu vernachlässigen ist. Antisemitismus erscheint in den Transformationsländern als ein auf die Spitze getriebener Xenophobismus, multifunktional einsetzbar und auf Wahnvorstellungen aufgebaut, als ob alle Juden Dämonen seien, ungeheuer reich, listig und einflußreich. Dies ist weit von der realen Situation in den jeweiligen Ländern entfernt, in denen der größte Teil der jüdischen Bevölkerung – wie viele andere Menschen auch – in ziemlich großer Armut leben (etwa in der Ukraine). Die heutige Situation ist für alle Minderheiten ungewiß, das Problem besteht jedoch darin, daß gerade die Vertreter des Antisemitismus sich auf jegliche, noch so absurde Gedankengänge stützen und gewiß sein können, daß ein großer Teil der Bevölkerung solchen Argumentationen wider besseres Wissen Glauben schenkt.

Seit der Gorbačev-Ära befassen sich gerade in Rußland wieder etliche Wissenschaftler und Publizisten mit der 'jüdischen Frage'. Unter ihnen befinden sich Historiker, Philosophen, Politologen und Soziologen. Dank solcher Versuche einer objektiven Darstellung des russisch-jüdischen Verhältnisses, das sich über Jahrhunderte entwickelt hat, besteht die Chance, daß dereinst auch das russische Volk in der Symbiose dieser zwei Völker mögliche Vorteile sehen kann. Dies wird allerdings noch ein weiter Weg sein – solange wird der Antisemitismus noch ein angemessener Indikator für die sozial-politische Lage in allen Transformationsländern sein.

Wie oben dargestellt wurde, ist die Judenfeindschaft in diesen drei Transformationsländern nicht das wichtigste und auch nicht das akuteste Problem. Und trotzdem spielt die Analyse des Antisemitismus eine überaus wichtige Rolle bei der Beurteilung des 'Gesundheitszustands' einer Gesellschaft. Dies hat damit zu tun, daß die Judenfeindschaft bzw. deren Ablehnung mit den unterschiedlichsten Aspekten einer Gesellschaft verbunden ist – mit deren Mentalität, der Identitätssuche, der politischen Kultur insgesamt, mit nationalen und religiösen Mythen oder mit traditionellen Wertvorstellungen, die bis zur Besessenheit reichen können. Antisemitismus bedeutet demnach nicht einfach eine Abneigung gegen Juden, sondern es handelt sich dabei um eine Krankheit der Gesellschaft insgesamt.

⁹¹ Vgl. etwa Sovetskaja Rossija, 7.12.1996, S. 3.

Matthias Messmer

Anti-Semitism in Russia, Ukraine and Lithuania – a Comparative Study

Bericht des BIOst Nr. 7/1998

Summary

Introductory Remarks

The end of the Soviet policy of anti-Semitism, which was propagated by Moscow for decades, forms the background to this study. It asks whether the official policy of anti-Semitism has really ceased to exist, and if so, what impact this has had on post-totalitarian society in three selected successor states to the USSR – Russia, Ukraine and Lithuania. While bearing in mind historical and cultural differences, it looks at the situation in each of the three states and draws comparisons between them. One of the report's main themes is an analysis of the relationship between Jews and the state, which, according to Hannah Arendt, is "the key to growing hostility on the part of certain social groups towards the Jews".

The reasons why these states were chosen for examination are as follows: for many decades Moscow propagated an official policy of anti-Semitism that to differing degrees of intensity also made itself felt in Ukraine and Lithuania. Ukraine was chosen because its territory formed part of the so-called settlement region for Jews in tsarist Russia and until World War II most Soviet Jews lived in Ukraine. There was also a practical reason for choosing Ukraine rather than Belarus, for instance – namely, that it is easier to gain access to sources for researching anti-Semitism in Ukraine. Lithuania was chosen because during the period of Nazi occupation large parts of the population were involved in the persecution and annihilation of Jews.

While taking account of research done in the West, this report is based on Russian, Ukrainian and Lithuanian sources. It was written in the course of my extensive research activities on this subject and draws the following conclusions:

Findings

1. From the Stalin era onwards *anti-Semitism* was an *official*, state-sanctioned *policy* in the Soviet Union and all Soviet leaders espoused it more or less openly. It was only after Gorbachev came to power that the Soviet government began to show signs of abandoning its hostile attitude towards the Jews.
2. When the USSR collapsed the official Soviet policy of anti-Semitism also came to an end, or to be more precise, it was *privatised*. Nevertheless, in Russia and Ukraine in particular, many public authorities continue to adhere to the tradition of anti-Semitism.

3. The more or less strong *de-ideologisation* in all the former republics of the USSR is increasingly *used* by various groupings, political parties or, in the case of Russia, even by the Church, in order to harness anti-Jewish sentiments for their own purposes.
4. The new post-totalitarian anti-Semitism is a *conglomerate* of a variety of different forms of hostility towards the Jews. These include the age-old accusation that the Jews were responsible for the murder of Christ, the classic cliché of a Jewish conspiracy and the hatred of Jews propagated by the Nazis.
5. One of the main features of anti-Semitism in the countries undergoing political and economic transformation is that it has *multiple functions*. Hostility towards the Jews is the strongest and at the same time most subtle form of xenophobia and is used to divert public attention away from political or economic malaise and to create a scapegoat for the country's troubles.
6. Under Gorbachev a new form of anti-Semitism came into being: the *intellectual anti-Semitism* (represented by Shafarevich and Kunyaev). Particularly in Russia and Ukraine this intellectual anti-Semitism is merging with "popular" anti-Semitism to form *political anti-Semitism* and is propagated by political parties and in newspapers and journals.
7. In Russia the "Jewish question" – for no rational reason – continues to be associated in people's minds with a kind of *mysticism*. The debate on anti-Semitism in Russia is dominated by its alleged connection with the "Russian idea" or with Russian folklore. For many Russians anti-Semitism constitutes "a kind of resistance to the infiltration of their collective existence by foreign cultural influences" (Aleksandr Achiezer).
8. Whereas in Russia old and new kinds of anti-Semitism have emerged in the course of Russia's search for its own identity, in Ukraine the debate on anti-Semitism has taken place in the context of the country's dealing with its own past, particularly the events of World War II. At present, the position of Jews in Ukraine is considerably better than it is in Russia. Despite the activities of extreme right-wing groupings, Ukraine's leaders have made an effort to establish an amicable relationship with the Jewish minority and to examine their own past in a critical light.
9. In Lithuania, too, the "Jewish question" has received renewed attention in connection with the country's dealing with its past – particularly the period of World War II. Anti-Semitism became a particularly sensitive issue following the country's achievement of independence. Initially, many Lithuanians judged the Jewish-Lithuanian relationship in terms of the so-called *theory of symmetrical justice*. By pursuing intelligent policies, however, Lithuanian President Brazauskas has succeeded in recent years in gaining the trust of the remaining Jewish inhabitants of Lithuania who number around 6,000.
10. Viewed in an overall context anti-Semitism may be used as an *indicator of social and political conditions* or as a yardstick for how well the countries of Eastern and Central Europe are progressing along the thorny road to democracy. In other words anti-Semitism can be used as a metaphor for a society's overall situation. The "Jewish question" is an issue connected with the cultural level of the respective country.

